

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postgebühren Nr. 7788.

# Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Zeile über breiten Raum 20 Pfennige, für Breiten- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 270.

Freitag, den 17. November 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Schwere Zeiten — große Zeiten!

Ein knappes Vierteljahrhundert herrschte in der kapitalistischen Welt eine Ruhe, wie man sie bis dahin nicht gekannt hatte. Die Entwicklung vollzog sich langsam und stetig. Es gab Zeiten des besseren Geschäftsganges und solche der Geschäftslause, aber weder das Eine noch das Andere fiel sonderlich auf. Die Arbeiter hatten sich alle paar Jahre einmal durch eine Arbeitslosigkeit ein gros durchzubuhnern, um dann wieder „vollbeschäftigt“, aber jämmerlich entlohnt zu werden. Die Geschäftsleute trugen stets eine Leichenbittermine zur Schau und die Handelsberichte waren grau in grau gefärbt, aber unter der Hand wuchs der Reichtum der Kapitalistenklasse.

Dieser verhältnismäßig stillen Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete entsprach auch eine gewisse Stabilität der internationalen politischen Beziehungen. Der russisch-türkische Krieg von 1878 hat Europa wenig gestört; daß er keine weiteren Kreise nach sich zog, ist ein ekklatanter Beweis dafür, wie sehr Europa damals ruhebedürftig war. Im allgemeinen muß jene Zeit als die Periode des europäischen Friedens bezeichnet werden. Alles zusammen erweckte schließlich ein Gefühl der Sicherheit. Das Mögliche, das Ueberraschende, das auf einmal Umwälzende schien verschwunden. Alles ging seinen gemächlichen Gang, ein bißchen vorwärts, ein bißchen rückwärts, so heute wie gestern, morgen sicher wie heute. So schien es wenigstens. Die Einen sagten, das sei die Alterschwäche des Kapitalismus. Die Anderen meinten im Gegenteil, das sei ein Beweis, daß jener Trübel, jene fortwährende Umwälzung alles Bestehenden, die man mit dem Begriff des Kapitalismus vereinigte, nur eine Kinderkrankheit war. In dessen aber trat unversehens ein Umschwung der Verhältnisse ein.

Seit etlichen Jahren zeigt die Produktion wie die Politik ein ganz anderes Bild. Die Veränderung geschah vor unseren Augen, und doch hatte es die Deffentlichkeit erst gemerkt, als sie selbst bereits ein anderes Gepräge trug. Eine fieberhafte Hast ist an Stelle des früheren gemüthlichen Dahintrottelns getreten. In der Politik kommt man aus den Ueberraschungen nicht heraus. Die Ereignisse überstürzen sich. Wir hatten in rascher Aufeinanderfolge den japanisch-chinesischen Krieg und in seiner Gefolgschaft eine endlose Reihe kolonialer Eroberungszüge und diplomatischer Zwischenfälle, die freitischen Wirren nebst dem griechisch-türkischen Krieg, die blutige Niederlage der Italiener in Aethiopien, den Kuba-Aufstand und den spanisch-amerikanischen Krieg, jetzt stehen wir im Zeichen des Transvaalkrieges. Noch vor 5 Jahren wurden diese Begebenheiten kaum beachtet. Die Militärs klagten, daß sie keine Gelegenheiten haben für praktische Kriegsstudien und daß man nur auf experimentellem Wege, nicht aus der Erfahrung, weiß, wie die neuen Geschosse wirken. Jetzt giebt es jeden Tag Möglichkeiten, solche Erfahrungen zu sammeln. Früher war „Friede“ in Aller Munde, jetzt wird förmlich mit einem Krieg gerechnet. Was jetzt zur Begründung der neuen deutschen Flottenpläne geschrieben und gesprochen wird, klingt immer wie ein: „Wir werden in nächster Zeit einen großen Krieg führen müssen!“ Die Ueberraschung ist zur Regel geworden, und wenn das nächste Zeitungsblatt die Ankündigung eines Krieges zwischen europäischen Mächten bringt, so wird man es als etwas hinnehmen, was man mindestens geahnt hatte.

Nicht minder herrscht Unsicherheit auf wirtschaftlichem Gebiete. Früher klagte man stets über einen lauen Markt und sinkende Preise. Jetzt ist auf dem Markt ein Stürmen und Drängen. Die hauptsächlichsten Produktionsbranchen sind mit Aufträgen überhäuft. In der Eisen- und in der Kohlenindustrie reichen die Produktionskräfte nicht aus, um den Bedarf der anderen Industrien zu decken. Obwohl das Rohmaterial der Eisenbahnen in den letzten Jahren stark vermehrt wurde, klagt man in den Industriebezirken über Wagenmangel. Die Preissteigerung, die längst eingesetzt hat, ist bereits allgemein, sie hat sich selbst bis auf solche Artikel des Detailhandels fortgepflanzt wie Nähnarn. Die Profite haben eine längst nicht gekannte Höhe erreicht. Und doch zeigt sich überall die bange Sorge, daß die ganze Herrlichkeit auf einmal zusammenbrechen kann. Die Aktienkurse der größten, ältesten und solidesten Unternehmungen steigen und fallen um große Beträge binnen weniger Tage. Bald verzeichnen die Börsenberichte eine außerordentliche „Selbstnappheit“, Geld sei nur unter schweren Zinsbedingungen zu haben, und nach wenigen Tagen wird „Geldüberfluß“ konstatiert, von allen Seiten ströme bares Geld auf den Markt, dann wieder — Geldklemme! Die Handelszeitungen haben wiederholt vor zu grobem geschäftlichen Engagements gewarnt und wurden stets durch den Gang der Dinge desavouiert. Sie haben thätlich jede Uebersicht der Verhältnisse verloren, und das Publikum verliert das Vertrauen zu ihrer Kritik. Die Vorsicht hat sich als schlechtes Geschäftsprinzip erwiesen, seitdem die Spekulation einmal über das andere die fettesten Gewinne einfackt. Die Unternehmungslust nimmt die gewagtesten Formen an. In den Kohlengebenden unternimmt man Bohrungen, die erst in vier oder fünf Jahren einen Ertrag liefern können und daraufhin macht man jetzt gewaltige Anlagen. Die Grenzen zwischen reellem Geschäft und Spekulation, zwischen Spekulation und Schwindel sind im Verschwinden. Wir verweisen auf die „Treiber-Gesellschaft“, eine gewaltige internationale Gründung — wohl die größte während der letzten Jahre in Europa — deren Aktien eine Zeit lang auf 900 Prozent gestiegen waren, um jetzt bereits auf ca. 300 zu sinken; sie verteilte eine Dividende von 40 bis 50 Prozent, die aber nur aus immer erweiterten Gründungen floß, während das Betriebsergebnis selbst kaum noch das angewandte Kapital verzinst. Nichts ist mehr sicher und gerade deshalb behalten die unsichersten Werthe ihren Kurs. Woher kommt dieser Taumel? Wohin führt er?

Die Produktionskräfte der nationalen Industrien haben sich unablässig entwickelt. Als um die Mitte dieses Dezenniums mehrere Momente sich vereinigten, um einen neuen Impuls der produktiven Thätigkeit zu geben, die wurden Produktionspotenzen ausgelöst von einer Tragweite, wie noch nie zuvor. Der industrielle Aufschwung setzte ein und entfesselte die schlummernden Kräfte, die nur keinen Halt zu haben schienen in ihrer Produktionsmehrung. Aber die allseitige Ueberhäufung mit Aufträgen ist ein trügerisches Zeichen, sie beweist nur, daß die Produktion noch immer im Wachsthum ist, nicht aber, daß der Handel im Stande sein wird, die sich mehrende Waarenmenge unterzubringen, daß die neuen Fabriken und die im Bau begriffenen Eisenbahnen der ungeländerten Länder, deren Werkstoff vorläufig Europa geworden ist, sich auch rentieren werden. Darum neben der Produktionsvermehrung das Wettrennen nach neuen Märkten.

Noch nie hatte der koloniale Heißhunger solche Dimensionen angenommen, wie diesmal. Die Staaten überbieten

sich in dem Ansturm auf die kolonialen Gebiete. Will England in China Ruhe haben, so drängt Rußland vor, Deutschland mengt sich dazwischen, auch Frankreich bleibt nicht müde, und bald hüt sich jeder Staat, der über eine „Flagge“ verfügt, für zurückgesetzt, in seinen Interessen verletzt, wenn er nicht ebenfalls einen Felsen Land in China an sich gerissen hat. Japan und Amerika treten zur allgemeinen Ueberraschung als koloniale Eroberer auf.

Die Bourgeoisie will Aktionspolitik. Noch kürzlich war sie passiv, sie forderte vom Staat, daß er die Arbeiterklasse im Zaum halte, sonst nichts. Nicht einmal die Zollfragen vermochten sie aufzurütteln. Jetzt hat die Bourgeoisie bereits alle ihre Machtmittel, in den Parlamenten und in der Presse, bei Hof und auf der Börse, in Thätigkeit gesetzt, um für ihre aggressiven Pläne Stimmung zu machen. In Amerika: Imperialismus, in England: Imperialismus, in Deutschland: Maritimus. In Frankreich denkt die Bourgeoisie nicht mehr an den Verlust von Elßas-Lothringen und träumt nur noch von kolonialen Annektionen. In Italien und Oesterreich, trotz der allgemeinen Zerfahrenheit, dieselbe kolonialabenteuerliche Stimmung. Um die Arbeiter zu gewinnen, malt man ihnen ein koloniales Eldorado vor. Da das nicht ziehen will, arbeitet man mit Hochdruck darauf, um das Nationalgefühl anzustacheln. Man suggeriert dem Publikum einen „nationalen Stolz“, man konstruiert nationale Kränkungen, man hängt den Augen der Menge einen bunten Lappen vor, der gelegentlich in die weiten Meere hinaus expedirt wurde, und behauptet, daran ließe die Ehre der Nation. Ueberzeugt man nicht, so sucht man wenigstens durch den patriotischen Eifer die Protestruße zu überschießen und über die wütende Volksmeinung zu täuschen. Jede Zeitungsnotiz spricht nicht anders, als im Namen der ganzen Nation. In Wirklichkeit stecken dahinter ein paar Duzend von den ministeriellen Pressbüros oder von der Börse besoldete Skribistare. Was die Arbeiterpresse spricht, wird toh'geschwiegen. Das versteht vor Allem den Eindruck auf das Ausland nicht. Wir Alle wissen, welche Vorstellung der Fremde von der Stimmung der deutschen Nation erhalten muß, wenn er sich darüber aus der „Kölnischen Zeitung“, aus der „Kreuz-Zeitung“ u. informirt. Nun wohl, derselbe Fall ist es, wenn wir uns aus der englischen, französischen, amerikanischen Bourgeoisie-Presse Auskunft holen über die Volksstimmungen in jenen Ländern.

Die Völker sind gegen die koloniale Kraft- und Menschenvergeudung. Sie wollen den Frieden. Das Kapital wird unentwegt das Ziel verfolgen, zu dem es durch seine Entwicklung getrieben wird, und es wird alle Mittel der Staatsgewalt, über die es noch verfügt, ausnützen, um es zu erreichen. Große Kämpfe stehen uns bevor, schwere Zeiten! Aber auch große Zeiten! Denn es gilt eine Kraftprobe zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse, zwischen dem Solidaritätsinteresse der Arbeiter und dem Konkurrenzinteresse der Unternehmer, zwischen dem Kulturgefühl der Nationen und den Ueberresten eines barbarischen Patriotismus.

### Zur Flottenvorlage

weiß nach der „Köln. Volksztg.“ noch Niemand, was aus ihr wird. „Keine Fraktion hat sich selbstverständlich bis jetzt damit beschäftigt. Das, was angekündigt worden ist, hat nach unserer Ueberzeugung keine Aussicht auf Annahme. Ob bis Neujahr die verantwortlichen Männer nicht noch viel Wasser

„Guten Abend, ich gehe, mir wird es zu langweilig“, sagte Du Poizat und schüttelte jedem zum Abschied die Hand. „Was ist Ihnen denn heute in die Krone gefahren?“ fragte ihn der Oberst, „Sie machen ja so ein böses Gesicht.“ „Soll ich etwa lustig sein?“ erwiderte der Unterpräfekt und wandte sich zum Gehen. „Gute morgen habe ich die Ernennung des Schaafkopfes Campenon für die Präfektur gelesen, die mir versprochen war.“

Die anderen sahen sich schweigend an. Du Poizat hatte recht, sie gehörten nicht zum Fest. Seit der Geburt des Thronfolgers hatte ihnen Rougon einen wahren Gadenregen für den Lauftag versprochen: Herr Kahn sollte seine Konzession erhalten; der Oberst das Kommandeurkreuz der Ehrenlegion; Frau Correut die fünf oder sechs Tabaktrafiken, denen sie nachjagte. Und nun standen sie, ein kleiner Haufen, mit leeren Händen im Winkel. Sie sahen Rougon so trostlos, so vorwurfsvoll an, daß dieser unwillig und heftig die Achseln zuckte. Als sein Koupé endlich kam, hob er Glorinde heftig hinein, rief, ohne ein Wort zu sagen, selber ein und warf den Bagen Schlag heftig zu.

„Da steht Marjy in der Vorhalle“, flüsterte Herr Kahn und zog Du Poizat mit sich fort. „Wie hochwütend die Kränze aussieht! Drehen Sie sich doch um. Er brauchte nun bloß noch unseren Gruß nicht zu erwidern.“ Delestang hatte sich heftig in seinen Wagen geworfen, um dem Koupé zu folgen.

(Fortsetzung folgt.)

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

42) (Nachdruck verboten.)

Der Kerl hat Kimabaden wie ein Bullenbeißer. . . . Sehen Sie ihn sich nur an mit seiner plumpen Schnauze und seinem Walde tranfer Haare, worin trotz seiner 50 Jahre noch nicht ein weißes Fädchen ist! Kann man aus ihm klug werden? Erklären Sie mir einmal, warum er seine Schwester unserem Rougon jetzt gerade immer aufdrängt, wo dieser am Boden liegt?

Herr Boucard und der Oberst wußten nichts zu erwidern, sondern wechselten nur einen unruhigen Blick. Sollte der „Bullenbeißer“, wie ihn der ehemalige Unterpräfekt getauft hatte, etwa die Absicht haben, Rougon ganz allein zu fressen? Aber Frau Correut sagte langsam: „Es ist sehr gut, wenn man den Richterstand auf seiner Seite hat.“

Rougon hatte Fräulein Veronika mittlerweile bis zu ihrem Wagen begleitet und verabschiedete sich von ihr, sobald sie eingestiegen war. In diesem Augenblick kam die schöne Glorinde gerade am Arme Delestangs aus der Kirche. Sie wurde erst und warf einen flammenden Blick auf das große gelbe Fräulein, hinter dem Rougon trotz seiner Senatorentracht galant den Wagenschlag schloß. Sobald der Wagen abgefahren war, ließ sie den Arm Delestangs los und ging direkt auf ihn zu; sie hatte ihr altes Kinderlächeln wiedergefunden. Die ganze Bande folgte ihr.

„Ich habe Mama verloren“, rief sie lustig. „Mama ist mir mitten im Gedränge entwischt worden. . . . Wollen Sie mir nicht ein Plätzchen in Ihrem Koupé einräumen, wie?“ Delestang, der ihr eben seine Begleitung bis nach Hause angetragen hatte, schien sehr betrübt. Sie trug ein orangefar-

benes Seidenkleid, das mit Blumen in so lebhafter Farbdurchwirkt war, daß sich die Diener nach ihr umsahen. Rougon hatte ihren Vorschlag mit einer Verneigung angenommen, aber sie mußten fast zehn Minuten lang auf sein Koupée warten. Alle blieben bei ihm stehen, selbst Delestang, dessen Wagen in nächster Nähe in der ersten Reihe stand. Die Kirche leerte sich langsam. Herr Kahn und Herr Bejuin kamen heraus und schlossen sich eiligst der Bande an. Da ihr Heros sehr verdrießlich aussah und die Händedrucke nur schwach erwiderte, fragte ihn Herr Kahn in lebhafter Urtage: „Fehlt Ihnen etwas?“

„Nein“, erwiderte er. „Nur das viele Licht drinnen hat mich müde gemacht.“

Er schwieg und fuhr dann halblaut fort: „Es war sehr großartig. . . . Noch nie habe ich auf einem menschlichen Gesicht solche Freude gesehen.“

Er sprach vom Kaiser. Mit eindrucksvoller Gesticulation hatte er in ruhiger Majestät die Arme weit geöffnet, als wenn er den Vorgang in der Kirche damit nochmals darstellen wollte, und fügte kein Wort hinzu. Die Freunde um ihn herum schwiegen wie er. Sie bildeten in der einen Platzrede eine kleine Gruppe für sich. Immer dichtere Scharen strömten an ihnen vorbei, Richter in ihrer Robe, Offiziere mit Beamten in Salauiform, eine galonirte, betrefte, ordengeschmückte Menschenmasse, die die Blumen zerstampfte, womit der Platz bestreut war, während die Diener nach den Wagen riefen und die Equipagen ungestüm davorrüllten. Das Kaiserthum stand auf dem Gipfel seines Ruhmes; purpurn bestrahlte die festliche Sonne diese Höhe, und die in rosiges Licht getauchten Thürme von Notre-Dame schienen mit dem Glanz aller ihrer Glöden die künstliche Herrschaft des unter ihren Augen getrauten Kindes als eine Herrschaft des Friedens und der Güte auf höherer Spitze zu verkünden. Aber die Gruppe dort stand unzufrieden da: die glänzende Feierlichkeit, die während Stunden, die



in den gährenden und brausenden Wein des Marinelabinet gethan haben werden, müssen wir abwarten. Recht glaubhaft ist es nicht, daß der Reichstanzler Fürst Hohenlohe und Staatssekretär Tirpitz mit freudigem Behagen eine Vorlage vertheiligen würden, die so schnurstracks ihren eigenen bestimmten Besagen zumiderläuft und die der Reichstag geradezu als Verleibung und Zeichen der Rücksichtung aufzufassen muß. Und ob man schließlich wagen würde, bis zum äußersten zu gehen? Mit Auflösung und Neuwahlen wird ja so ziemlich in jeder Session gedroht. Vermuthlich würde man es sich auch diesmal erst noch überlegen, ehe man zur That schritt.

**Die Zuchtantragsvorlage.**

Mit der Zuchtantragsvorlage hat sich die national-liberale Fraktion des Reichstags in ihrer Fraktions-sitzung am Donnerstag beschäftigt und der Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form von neuem die Zustimmung versagt. Dagegen hat sie sich zur Umrarbeitung bereit erklärt und eine Reihe von Abänderungsanträgen formuliert, welche sich in der Richtung der früher veröffentlichten Vorschläge des Abgeordneten Dr. von der Vögtel bewegen und hauptsächlich die Aufhebung des Verbots der Vererbung von Erbkrankheiten und Anwendung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung erstreben.

Gegen die Zuchtantragsvorlage hat am Mittwoch der „Liberaler Bezirksverein Neu-Rödin“ in Berlin nach Vorträgen des Reichstagsabgeordneten Fischel und des Gewerbegerichtsbeisitzers Weigert eine Resolution angenommen, welche dem Reichstag um Ablehnung des Gesammtentwurfs ersucht, weil die Bestimmungen des Entwurfs weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer liegen und die zur Zeit bestehenden Bestimmungen den Arbeitswilligen ausreichenden Schutz gewähren.

Zur Zuchtantragsvorlage beantwortet die „Köln. Volkzeit.“ kurzen Prozeß zu machen. Nur kein Kumpelschleppen mit nachträglicher Verweisung an eine Kommission! Woju auch? Es wird ja doch nichts daraus. Anträge seien noch nicht eingebracht, weder von Dr. Sieber noch seitens der National-liberalen. Vor einer etwaigen Ausübung des Reichstags wegen der Zuchtantragsvorlage brauche sich die Reichstagsmehrheit wahrlich nicht zu fürchten; wenn es ein Zeichen gibt, in welchem die Regierung und das Schammaschertum nicht siegen werden, so ist es dieses.

**Zur Sozialdemokratie** ist vor Kurzem der evangelische Pfarrer Blumenhardt in Bad Boll in Württemberg übergetreten. Wie nunmehr aus Stuttgart berichtet wird, ließ die Blumenhardt in Folge Aufforderung des evangelischen Konfessionsrats freiwillig auf Titel und Qualifikation als Pfarrer verzichten.

**Reichstagswahl.** Amaliches Merkmal der am 12. d. Mts. im 6. Wahlbezirkigen Wahlkreise stattgehabten Reichstags-Wahl: Von 10 922 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Dr. Benderscher (Kritik) 7124 Stimmen (liberal) 2070, Dr. Benderscher (Soz.) 958, Kormann (liberal) 789 Stimmen. Dr. Benderscher ist somit gewählt. Die früheren Wählergebnisse des Telegraphenbureaus enthielten zum einige Irrthümer.

**Asien.**

**Aus Frankreich.**

Das Cabinet Walbed-Roussieu hat in der Donnerstag-Sitzung der französischen Deputirtenkammer einen vollen Sieg errungen. Nach heftiger Debatte zwilgen den Republikanern und den radikalen Republikanern und Sozialisten ergreift der Ministerpräsident Walbed-Roussieu das Wort. Er bringt die Umtriebe der Gegner der Republik mißbilligend zur Sprache und rechtfertigt den Prozeß des Staatsgerichtshofes, denn Alles sei für einen Anstand vorbereitet gewesen. Die Regierung hat nicht geglaubt, warten zu müssen, bis ein Staatsstreich ausgeführt würde. Die Kammer werde über die Regierung das Urtheil fällen. (Beifall auf der Bank.) Die Regierung werde dem Konföderat Achtung verschonen, werde aber niemals die Gefährlichkeit, die Anhänger des Konföderats, mit den stets wachsenden und bedrohlicher werdenden gemäßigten Kongregationen vermengen. (Neuer Beifall auf der Bank, Beifall auf der Rechten.) Walbed-Roussieu schließt, indem er die neuerdings eingebrachten Gesetzvorlagen rechtfertigt und ausführt, um wollen eine Gesellschaft gründen, die stark genug sei, um die Rechte des Gewissens eines Jeden zu wahren, und Achtung vor unleren Einrichtungen Jedem zu wahren. Unter Zugrundelegung aller republikanischen Grundsätze. (Anhaltender Beifall.) Von den jetzt vorliegenden Tagesordnungen sind drei gegen die Regierung gerichtet. Ministerpräsident Walbed-Roussieu nennt folgende Tagesordnung: Die Kammer billigt die Verhandlungen der Regierung. Weiter beantragt weiter folgende Tagesordnung: Die Verhandlungen zur Vertheidigung der Republik. Nach diesen Tagesordnungen wird Walbed-Roussieu. Die Tagesordnung wird dann mit 340 gegen 215 Stimmen angenommen. (Beifall auf der Bank: „Es lebe die Republik.“)

Der Staatsgerichtshof legte seine Verhandlungen fort. Er beginnt mit der Bernehmung Buffets. Diese ist Fragen des Präsidenten abzuwarten, legt darüber ausführlich seine Grundzüge dar und verneint, von einem Konföderat könne nicht die Rede sein, die Republik hätte keine Beziehungen zu den anderen Staaten. Darnach spricht der Herzog von Orleans großes Lob und erklärt, der Herzog rechne niemals daran, zu komplizieren, er habe den vollen Glauben an die republikanischen Grundsätze. Darnach schließt, verneinend die Ans. wenn Sie wollen, über die Vertheidigung werden Sie dadurch nicht treffen! Darnach erklärt weiter, er werde sich für die Vertheidigung des Staatsrechts keine Kräfte einsetzen und macht höhere Vertheidiger bezüglich seiner Forderung bei dem Herzog von Orleans. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung befragt Buffet die Verhandlungen in den Sitzungen als positive und

nicht organisierte, giebt indessen zu, daß er nach jeder berartigen Rundgebung an den Herzog von Orleans telegraphirte, um ihn davon in Kenntniß zu setzen.

Die Verhandlung in der Zola'schen Straffache, die in nächster Woche stattfinden sollte, wurde vom Schwurgerichtsvorstand verlegt; er rechnet offenbar auf die Einfügung der Sache.

**Der Kampf um den Philippinen** ist in eine neue Phase getreten, die, geschickt ausgeführt, zum Frieden führen kann. Die Amerikaner haben einer Achtungserfolge davongetragen, indem sie die bisherige Hauptstadt Aguinaldo's besetzten. Das geschah freilich schon einmal, aber dann ging der Platz wieder an die Philippinos verloren. Jetzt trifft mit diesem Ereignisse zusammen, daß Dewey mit seinen friedensfreundlichen Auffassungen — die wir bereits erwähnten — in Washington Einfluß gewonnen hat. Unter solchem Einfluß hat Mac Kinley soeben an General Otis Vorschläge gesandt, die dieser Aguinaldo unterbreiten soll. Das sind ernsthaftere Friedensverhandlungen, als sie bisher jemals geführt wurden.

**Der Krieg in Südafrika.**

Von Ladysmith wird gemeldet, daß der Oberkommandirende der Buren, General Joubert, in einem Treffen gefallen sein soll. Eine zuverlässige Bestätigung der Nachricht ist jedoch noch nicht erfolgt. In London erhält sich das Gerücht, daß Ladysmith schon am letzten Sonnabend von den Buren genommen sei, doch fehlt auch hier jede verlässliche Nachricht.

Die Londoner Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Pietermaritzburg vom 15. November, früh 9 Uhr, wonach die Buren einen gepanzerten Zug angriffen. Ein Engländer wurde getödtet und 16 verwundet.

Die Buren zerstörten die Eisenbahn an einem Punkte, ungefähr vier Meilen südlich von Colenso. Man glaubt, daß die Wiederherstellung der Linie bald möglich sein wird.

Weitere wichtige Nachrichten liegen auch von anderen Theilen des Kriegsschauplatzes nicht vor.

England sind neue Kolonialfragen erheblicher Art erwachsen. Im Sudan geht der Tanz der Dermische mit den kriegerischen Truppen los. „Daily News“ berichten aus Kairo: Von Umdurman ausgesandte Spione bestätigen, daß der Khalif auf die Stadt vorrückt. Verschiedene britische Offiziere gehen im Laufe dieser Woche von Kairo zur Front ab. Ferner ist beschlossen worden, eine Abtheilung Seefort-Geschütze nach Chartum zu senden.

Dieses Gerücht des Wahls ruft in London, wie Deputirten von dort bestätigen, um so größere Beklemmung hervor, als gleichzeitig schlechte Nachrichten aus Indien einlaufen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob England die Nebenwundbarkeit eines großen Kolonialkrieges bei Gelegenheit seines Engagements in Transvaal auskosten soll.

**Deutscher Reichstag.**

Der Reichstag setzte in seiner heutigen Sitzung die Beratung der Novelle zum Postgesetz fort. In Artikel 2 der Vorlage wird das Postregal auf den Ortswahlbezirk ausgedehnt, wodurch den Privatposten das Recht der Beförderung geschlossener Briefe genommen wird; im Artikel 3 wird abgemildert auch noch ausdrücklich die Beförderung von ungeschlossenen Briefen, Karten u. s. w. durch Privatposten unterliegt, wodurch die Privatpostanstalten aufgehoben sind. Die Regierungsvorlage wollte die Erhebung oder den Betrag solcher Privatposten an die Genehmigung der Reichstagskammer; die Kommission hat vorgeschlagen, daß diese ein festes Betrage vorgezeichnet, wenn sich derselbe, einmal festgesetzt, keine Schwierigkeiten macht, der Abhebung entgegensteht.

In ihrem ersten größeren Theil hat die Debatte wenig bemerkenswerthe Momente. Die ersten größere Reden des Tages gingen auf die Vorlage ein; als Gegner der Abhebung der Privatposten traten die Herren Müller-Sagan und die Herren v. Bismarck und die Herren v. Bismarck. Die Debatte über die Erhebung der Privatposten wurde durch die Herren v. Bismarck und die Herren v. Bismarck. Die Debatte über die Erhebung der Privatposten wurde durch die Herren v. Bismarck und die Herren v. Bismarck.

Die letzten Artikel wurden vom Hause mit großer Majorität — nur die Privatposten wurden begeben — angenommen. Die am gestrigen Tage, so hatte mich heute die sozialdemokratische Partei die Genehmigung einer Abänderung und Beförderung durchgehenden.

Die medienberühmte Forderung nämlich, nicht unterzugehen, wenn auch nicht in irgendeinem politischen Akt, so doch in der Erhaltung von Würden, die Capitulation zu befehlen, hat nicht ohne Erfolg versucht, auch die Reichstags in ihren Danks zu stellen. Die Forderung zu Schwere hat die Untertragung der für Schwere bestimmten Exemplare der in Kassel erscheinenden „Medienberühmten Volkszeitung“ durch private Austräger für eine gesetzwidrige Hinterziehung erklärt. Inzwischen hat die medienberühmte Forderung, angeblich im Interesse der Sonntagshaltung, des Ausstehens von Zeitungen am Sonntag verboten. Gegen beide Forderungen wurde sich ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, nämlich 1. die private Beförderung politischer Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenzen eines Ortes ausdrücklich gestattet, 2. bestimmt wird, daß landesgesetzliche Bestimmungen über Sonntagshaltung u. s. w. mit der Sonntagshaltung

keine Anwendung finden. Der Antrag wurde von Dr. Herzfeld-Rosod begründet; für seinen ersten Theil sprachen sich, außer Dr. Marcour von Zentrum, auch die Herren Mecklenburger Dr. Pagnick (fr. Bgg.) und Büsing (natl.) aus; nur der Konservative von Freuenfels vertheidigte in recht tröstlicher Weise seine heimische Regierung. Schließlich gelangte der erste Theil des Antrages gegen die Stimmen der Konservativen (natürlich!) zur Annahme; der zweite dagegen ward leider abgelehnt, da außer den Sozialdemokraten nur einige Freisinnige für ihn stimmten.

Morgen soll mit der Beratung der Postgesetznovelle fortgefahren und voraussichtlich geendet werden.

102. Sitzung vom Donnerstag, den 16. November, 1 Uhr. Die zweite Beratung der Novelle zum Postgesetz wird bei Artikel 2 fortgesetzt.

Ueber die einzelnen Bismarck dieses Artikels wird auf Vorschlag des Präsidenten gesondert verhandelt.

Biffer 1 betrifft die Ausdehnung des Postregals und lautet: „Als § 1a des Postgesetzes wird folgende Vorschrift eingefügt: Die §§ 1, 27, 28, 30-33 dieses Gesetzes (Ausdehnung des Postregals) finden auch Anwendung auf verschlossene Briefe und solchen gleichwachsende Briefe, die innerhalb der Gemeindegrenzen ihres mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsortes verbleiben.“

Hierzu liegen vor: Antrag Haukmann (fr. Volksp.), Müller-Sagan (fr. Volksp.) und Eichhoff (fr. Volksp.): Biffer 1 zu streichen.

Antrag Mintelen (Centr.): Vor „innerhalb“ anzufügen: „im Nachbarortverkehr nicht“.

Abg. Mintelen (Centr.): Meine Herren, ich glaube nicht, daß jemand von Ihnen noch der Ansicht ist, daß die Reichspostverwaltung ohne die Konkurrenz der Privatposten jemals an irgend welche Verbesserungen gedacht hätte. Diese Konkurrenz wollen sie jetzt beseitigen, während sie uns doch allein die Gewähr für spätere Verbesserungen bietet. Es ist gesagt worden, die großen Städte seien durch die Privatposten im Vortheile gegenüber dem platten Lande und den kleinen Städten. Diese Vernachlässigung der letzteren ist durch das neue Gesetz besichtigt werden. Thatsächlich liegt die Sache so, daß in den großen Städten ein Bedürfnis nach Privatposten vorliegt, auf dem Lande nicht. Auf dem Lande giebt es ja auch keine Gymnasien, keine Theater, die dürfte es also in den Städten auch nicht geben. Die Freigabe des Postverkehrs innerhalb des Ortsverkehrs ist jederzeit durchaus ausführlich gewesen. Mein Antrag will die Beförderung von Briefen in den Gemeinden, nicht aber im Vorortverkehr den Privatposten gestatten. Die Post hat doch jetzt schon einen Ueberfluß von 24 Millionen. Durch die Ausdehnung des Postregals wird das Publikum der großen Städte besteuert. Die Post soll aber dem Verkehr und nicht fiskalischen Interessen dienen.

Staatssek. v. Boddicest: Wir werden in Zukunft nicht wie bisher Ueberflüsse, sondern 10 Mill. weniger haben. Wir wollen eben in Zukunft die Ueberflüsse zu Verbesserungen benutzen. Hätte mein Vorgänger die Entwidlung der Privatposten vorausgesehen, so wäre er sicher gegen sie vorgegangen. Das den großen Städten durch die Ausdehnung des Postregals eine neue Steuer auferlegt werden soll, ist ein Gebanke, der nie der Kommission vorgeschwebt hat.

Abg. Dr. Dertel (Centr.): Wir erwarten, daß die Erhebung der Steuern der Post zu Verbesserungen benutzt werden wird. Der Veraleich des Abg. Mintelen mit den Gymnasien und Theatern hilft auf beiden Seiten. Sie sind eben noch keine Sache der Allgemeinheit, wie die Post.

Abg. Singer (Soz.): Zweifellos hat die Reichspostverwaltung es bisher außerordentlich verstanden, die Symmetrien des Substanzs zu erwerben und es ist begreiflich, wenn ein großer Theil der Bevölkerung der Postverwaltung mit misstrauen entgegenkommt, wenn nicht im Gehe die Sicherheit für weitreichende Verbesserungen gegeben wird. Mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit von Reformen müssen wir der Postverwaltung das Regal in vollem Umfang gewähren. Allerdings hätte die Post durch erhebliche Tarifreformen die Privatposten beseitigen können, ohne daß ein Gehe nötig gewesen wäre. Der Antrag Mintelen ist realistisch und unwirksam (Weiterheit), daß er überhaupt gar nicht zur Ausführung gelangen kann. Es würde zu den größten Unzuträglichkeiten führen, wenn man die Vororte in dieser Hinsicht schlechter behandelte als die Gemeinden. Der Antrag bewirkt totale Unkenntnis aller einschlägigen Verhältnisse. Ich vermittele mich dahin, daß meine Freunde für die Nummer I des Artikels 2 stimmen werden. (Bravo bei der Soz.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.): Die Privatposten haben sich zu den Reformen verhalten, die wir haben, zum Danke dafür sollen sie geduldet werden. Die freie Partei ist bestrebt, die Interessen der minderbegüterten Bevölkerung, die durch die Privatposten besser bedient wird, zu schützen. Das an der Forderung der Sozialdemokratie bannmilde Endziel der Reichstagskammer ist allerdings das Staatsmonopol, aber die Herren Sozialdemokraten wollen ja jetzt nicht darauf sehen, was der Tag bringt. Da sollten sie doch auch nicht die Privatposten dem Staat ausliefern und so die politische Macht der Postverwaltung vermindern.

Staatssekretär v. Boddicest will zugeben, daß die Post nicht ganz den Wünschen des Publikums entsprechen habe, aber es sei sein Ziel, einen allgemeinen billigeren Tarif einzuführen. So lange er an dieser Stelle stehe, sei es sein Bestreben, der Allgemeinheit zu dienen.

Abg. Dr. Bismarck (fr. Bg.) hält das Schicksal der Privatposten für besorgt und bedauert dies. Nach Lage der Sache müßten seine Freunde sich darauf beschränken, für eine billige Unternehmung der Unternehmer und Angestellten einzutreten.

Abg. Singer (Soz.): Gegenüber dem Vobe, das den Privatposten von heutigem Tage angehört werden ist, möchte ich auf die Reichstagskammer hinweisen. Die Reichstagskammer besteht täglich 12 mal, die Reichstagskammer nur 2, höchstens 3 mal. Die Reichstagskammer sind immer noch besser bezahlt als die der Privatpost. Auf solche Weise, wie die Reichstagskammer, nämlich mit adäquater Entschädigung des Jahresgehältes, erstreckt zu werden, würde nach manchen Privatindustriellen erachtet zu werden verdienen. Es war mir natürlich nicht zweifelhaft, daß alsbald hier die Verhandlungen unseres Parteitagess zur Debatte gebracht werden würden. Ich beglückwünsche Herrn Doktor Müller in dem von ihm gemachten Reford. Er hat werth dieses Reford erreicht gemacht. Auf bei den Freisinnigen: Das Endziel! Da es aber aus den Verhandlungen nur die mehr oder weniger guten Dinge behalten zu haben scheint, die dort gemacht worden sind, so will ich dem Herrn ein Exemplar des Protokolls zur weiteren Bezeichnung zuweisen.

Herr Müller hat anerkannt, daß unsere Haltung in dieser Frage völlig mit unserem Endziel übereinstimmt. Er kann daraus ersehen, daß wir ein für alle Mal an unserem Endziel festhalten und das Ziel unserer Freunde nicht Nach haben, welche bei uns Angelegenheiten unserer Regierung zu sehen meinen. Es kann seinen Interessen (Gegner der Reichstagskammer) bei der Reichstagskammer geben als mich, aber ich muß doch anerkennen, daß die Verhältnisse der Unterbeamten bei der Reichstagskammer besser sind als bei der Privatpost. Ich bitte Sie daher, die Vorlage anzunehmen. Bravo! b. d. Soz.

Dr. Müller-Sagan (fr. Volksp.): Die Vorwürfe des Herrn Singer treffen mich nicht, ich habe die Sache durchaus ernsthaft behandelt. Meiner Antrag will den Angestellten mindestens ein so großes Entgelt sichern, wie sie bei der Privatpost erhalten. Im Uebrigen bin ich für Belohnungen durch Abg. Singer durchaus ungenügend. Weiterheit.

Abg. Dr. Bismarck (Soz.) beantragt Wiederherstellung der Reichstagskammer durch die Abänderung, daß postwachsende Gegen-



stände von jedem Gewicht durch Expressboten nur 75 Kilometer weit vom Abfertigungsorte aus befördert werden dürfen und ein Wechsel des Boten während der Beförderung gestattet ist.

Abg. Dasbach (H.) begründet seinen Antrag, den er gestellt habe, weil er uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Expressdienstes nicht mehr für richtig hält. Die Regierung gehe aber viel zu weit in der Einschränkung des Expressdienstes. Sein Antrag erfülle alle berechtigten Wünsche der Postverwaltung und schädige auch die armen Leute nicht, die als Expressboten tätig sind.

Staatssekretär von Pöblich: Der Antrag Dasbach bildet eine wesentliche Einschränkung gegenüber den bisherigen Bestimmungen, die nach dem Kommissionsbeschlusse bestehen bleiben. Soll ich Leute einstellen und beschäftigen, ob das Bille, das der Expressbote löst, nicht über 75 Kilometer geht? Das widerspricht mir, ist auch un-durchführbar. Durch die Zulassung des Botenwechsels würde jede Kontrolle unmöglich gemacht werden. Da kann die Post mit dem bestehenden Besetze ja viel besser auskommen.

Abg. Dr. Deriel (Konf.): Der Herr Staatssekretär hat die Fassung der Regierungsvorlage ruhig ins Wasser fallen lassen, da fühle ich auch kein Bedürfnis, sie wieder herauszuholen (Heiterkeit). Wir hatten die Expressboten für eine viel größere Gefahr für die kleinen Blätter als den Zeitungstarif. Der Antrag Dasbach ist unannehmbar.

Staatssekretär v. Pöblich: Wenn ich alles hier wieder aufnehmen wollte, was in der Kommission abgelehnt ist, würde ich die Sache nur in die Länge ziehen.

Abg. Dr. Marcour (Z.) hält ebenfalls den Antrag Dasbach für unannehmbar. Abg. Dasbach (H.): Da der Herr Staatssekretär auch nicht Stange hält, habe ich keine Veranlassung, das Kind aus dem Brunnen zu ziehen und ziehe daher den Antrag zurück.

Ziffer III, welche die Beförderung von Briefen im Ursprungs-orte durch bezahlte Boten freiläßt, will ein Antrag Kintelen freilegen.

Eine Besprechung findet nicht statt. In der Abstimmung wird der Antrag Kintelen ad I gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. (Heiterkeit.)

Ziffer I (Ausdehnung des Postregals) und III werden mit großer Mehrheit in der Kommissionsform angenommen, womit der Antrag Kintelen ad II gefallen ist. (Beim I stimmen nur die Freiwähler. Ziffer II (Beförderung durch Expressboten) wird aus dem Kommissionsvorschlag gestrichen. Damit ist Artikel 2 erledigt.

Artikel 3 handelt von der Aufhebung der Anstalten zur gewerbmäßigen Einammlung, Beförderung oder Vertheilung von unverschlossenen Briefen, Karten, Drucksachen und Waarenproben mit dem 1. April 1900. Die Regierungsvorlage will den Betrieb nur von der Genehmigung des Reichskanzlers bzw. der bayerischen und württembergischen Regierung abhängig machen.

Abg. Ulrich und Gen. (Soz.) beantragen folgenden Zusatz: „Abgesehen von den bezeichneten Anstalten ist die gewerbmäßige oder nicht gewerbmäßige Beförderung von unverschlossenen politischen Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenzen eines Ortes, insbesondere auch, wenn sie durch die Post dorthin befördert wurden, Jedermann gestattet. Die Landesgesetze betr. die äußere Heilighaltung der Sonntags- und Feiertage oder betr. die Verkehrsordnung finden keine Anwendung.“

Abg. Singer (Soz.): Der Kommissionsbeschluss ist wesentlich erfolgt auf Grund von Aeußerungen der Anstalten selbst. Wird ihnen die Beförderung der geschlossenen Briefe genommen, so wird ihnen damit der Boden entzogen, auf dem sie empordrängen. Wird das Verbot der Privatbeförderung nur auf geschlossene Briefe erstreckt, so wird die Gewöhnung des Publikums, unverschlossen zu versenden, noch vermehrt. Diese Mäner in den Papierkorb und erfüllen somit nicht ihren Zweck. Günstig hoffen wir, daß dadurch, daß die Post das ganze Verkehrsgebiet in ihre Hand bekommt, ihr die Möglichkeit gegeben wird, noch weitere Ermäßigungen, namentlich für die Verlegung von Druckschriften, zu gewöhnen. Aus diesen Gründen sind wir für Annahme der Kommissionsanträge. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.). Mein Antrag ist veranlaßt worden durch das Verfahren der Reichspostverwaltung gegen den Verleger der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ in Rostock. Diese hat in verschiedenen Städten sogenannte Auktionsrevisionen. Für die Zahlung der Abonnementsgebühren ist dem Verleger der betreffende Kreditur verantwortlich. Wo sich das Verfahren der direkten Kostverrechnung durch den Verleger nicht lohnt, bestellt der Kolporteur die Nummern bei der Post und trägt sie an seine Abonnenten aus. Die Postverwaltung in Schwerin hat nun behauptet, daß dies eine Uebertretung des Postgesetzes sei, da die Zeitung von der Post zum Empfänger nicht auf die gesetzlich zulässige Weise durch die Post oder Expressboten befördert sei. Das verlangt aber das Postgesetz unserer Ansicht nach nicht. Nach der jetzigen Kommissionsfassung ist die private Beförderung adressierter Druckschriften verboten. Hier aber handelt es sich um unadressierte. Es muß aber eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach, abgesehen von den Privatankäufen, Jedermann berechtigt ist, innerhalb seines Wohnortes Zeitungen auszuliefern. Eine Verbreitung des Zeitungsgeschäftes ohne Agenten in entfernte Orte ist unmöglich. Wir können ja nun Expressboten verwenden, aber ein mecklenburgisches Landesgesetz vom Februar hat das Ausstragen von Zeitungen am Sonntag überhaupt verboten. Dieses Landesgesetz widerspricht aber unserer Ansicht nach dem, was in Artikel 3 dieser Vorlage gewährt ist. Wenn es besteht, so ist eine Verordnung des Oberpräsidenten von Brandenburg vom 5. Oktober 1896, welche alle öffentlich bemerkbare Arbeit am Sonntagem verbietet, mit diesem Artikel in Widerspruch. Im Reichsgesetz handelt es sich bei der mecklenburgischen Verordnung um die Einschränkung der oppositionellen Presse. Das bringt mich auf die vollständige Seite dieses Falles. Der Verleger der Mecklenburger Volkszeitung wurde auf Veranlassung der Wismarer Polizei angeklagt, erhielt aber gleichzeitig die schon mitgetheilte Befreiung der Reichspostverwaltung. Die Wismarer Polizei hatte nämlich die Post ersucht, gegen die Zeitung auf Grund des Postgesetzes vorzugehen. Die Reichspost leistete also der Polizei direkt Handlangerdienste. Dies Verfahren sollte der Reichspost erschieden nicht möglich und es sollte ihn veranlassen, unsere Zusatzanträge anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direkt. Dr. im Reichspostamt Braekke: Das Ergebnis der postalischen Untersuchung des angelegten Falles ist dieses, daß es sich hier um einen direkten Verstoß gegen den Verleger und den Besteller der Zeitung handelt. Die Klage der Postdirektion ist in erster Instanz abgewiesen worden. Den zweiten Theil des Antrags Albrecht bitte ich Sie schon aus formellen Gründen abzulehnen. Die Besetze über die Heilighaltung des Sonntags gehören nicht in ein Postgesetz.

Abg. Dr. Pöblich (fr. H.): Mit der Tendenz des Antrags Albrecht erklären sich wir einverstanden, dagegen nicht mit dem zweiten, weil formell die mecklenburgische Regierung berechtigt ist, eine Sonntagsverordnung zu erlassen.

Abg. von Treuenfels (Konf. Populäre) erklärt sich gegen den Antrag in beiden Theilen. Es handelt sich hauptsächlich um eine Durchbrechung des Postregals. Außerdem wollen wir auch nicht den Sonntag durch außerordentliche Anpostage minderwertiger Drucksachen entheiligen lassen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Es kommt nicht auf das formale Recht der mecklenburgischen Regierung an, sondern darauf, ob der Reichstag meint, die Landesregierung können Bestimmungen erlassen, welche dem Geiste des Postgesetzes widersprechen. (Sehr richtig links.) Redner weist noch einmal auf die Ungehörigkeit hin, die darin liegt, daß die Postdirektion der Polizei als Handlanger dient.

Abg. Dr. Marcour (Zentr.) erklärt, nur dem ersten Theil des Antrags Albrecht zustimmen zu können.

Staatssekretär v. Pöblich: In einer Erregung, als ob wir hier irgendwie Politik getrieben haben, liegt absolut kein Grund vor. Was die Heilighaltung des Sonntags anbelangt, so sind die ganzen Bestimmungen über die Sonntagsruhe Sache der Landesgesetzgebung.

Abg. Büsing (natl.) und Dr. Pöblich (fr. H.) erklären die Zustimmung ihrer Freunde zum 1. Theil Antrags des Albrecht. Abg. Singer (Soz.) stellt fest, daß der Staatssekretär auf den eigentlichen Streitpunkt, das Hand- und Fuß-Gehen von Post und Polizei, nicht eingegangen ist. Als Redner sagt, der Staatssekretär habe sich in der Pose des Biedermanns gezeigt, erhält er einen Ordnungsruf.

Der Präsident erklärt, daß Antrag Pöblich, die Abstimmung über Antrag Albrecht bis zur 3. Lesung zu vertagen, gesäftsordnungsmäßig unzulässig sei. Bei der Abstimmung über den Antrag Albrecht wird der 1. Theil gegen die Stimmen beider konservativer Fraktionen angenommen, der 2. Satz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

Artikel 3 wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Weiterberatung wird auf Freitag, 1 Uhr, vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Petitionen. Dem Reichstage ist eine Anzahl von Petitionen zugegangen, darunter folgende von allgemeinerem Interesse. Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller bittet den Reichstag, dahin zu wirken, daß, unbeschadet der verfassungsmäßigen Post-Sonderrechte von Bayern und Württemberg, Postverträge mit der Geltung für das gesamte Gebiet des Reiches eingeführt werden. Der Bund deutscher Frauenvereine bittet um Erlass eines Vereinsgesetzes, in welchem den Frauen der Zutritt zu politischen Vereinen und Versammlungen gewährt wird. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die Hauptarbeit des Buchhandels, beauftragt gesetzliche Bestimmungen, welche unter voller Gewährleistung der den Arbeitern gewährten Koalitionsfreiheit (natürlich) Auswüchse derselben beseitigen und sowohl Arbeit-willigen als auch den Arbeitgebern den nöthigen Schutz gewähren. Die Ortskrankenkasse zu Dresden ersucht den Reichstag, dem auf gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl und Honorierung der ärztlichen Einzelleistung gerichteten Bestreben des Deutschen Arztesalles die Genehmigung zu verfahren. 34,623 Interessenten bitten dringend um Erlass eines „Pönig-gesetzes“ zum Schutze der Produzenten und Konsumenten.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlen. Die Magdeburger Stadtverordnetenwahlen haben mit dem Siege der sozialdemokratischen Kandidaten geendet. Von den drei zur Wahl stehenden Mandaten der 3. Wählerklasse sind zwei neu erobert, das dritte behauptet worden. Gewählt wurden Genosse Haupt mit 1688 und die Genossen Albert Schmidt und Richard mit 1980 bzw. 1924 Stimmen. Eine besondere Bedeutung gewinnt die Wahl dadurch, daß das Mandat des Genossen Albert Schmidt, das ihm durch das bekannte Urtheil des Magdeburger Landgerichts aberkannt worden war, aufs neue, mit gesteigener Stimmenzahl, dem Majestätsbeleidiger übertragen wurde. Damit hat die Bevölkerung Magdeburgs ein deutliches Urtheil abgegeben über die Majestätsbeleidigungsprozesse im allgemeinen und den Magdeburger Fall im besonderen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Spandau siegten die Genossen Schröder, Pieper und Halleker. Als Ersatzmann wurde Genosse Kunkel gewählt. Die Genossen Scholz und Rieger sind in Stichwahl.

In Trebbin (Brandenburg) wurde Genosse Dornbusch mit großer Mehrheit zum Stadtverordneten gewählt, während Genossen Rudolph 7 Stimmen zum Siege fehlten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schmölln (S.-A.) siegten unsere Kandidaten mit großer Majorität über die vereinigten Gegner. Die Liste der Sozialdemokraten erhielt 120, 115 und 112 Stimmen, während die Gegner es nur auf 45, 50, 60 Stimmen brachten.

Arbeiterbewegung.

Die Unterstützung der Kleinmeister findet der Streik der Tischler bei der Firma Waudt und Gerfenberger in Frankfurt a. O. In einer Versammlung, die von ca. 500 Personen, darunter eine große Anzahl Kleinhandwerker, besucht war, fand nachstehende Resolution Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den streikenden Arbeitern der Firma W. u. G. in allen Punkten einverstanden. Die Anwesenden verpflichten sich, die Ausständigen moralisch und befähigt so lange zu unterstützen, bis der Ausstand zu ihren Gunsten beigelegt ist.“

Der eben beendete Buchbinder-Lohnkampf in Stockholm droht wieder aufzukommen. Es sind da ein paar Arbeiter, die sich durchaus nicht an die Beschlüsse der Vereinbarung halten wollen. Bei einem sind sogar 7 Mädchen wieder entlassen, weil sie am Streik theilgenommen haben. Auch auf anderen Werkstätten werden die Streikbrecher bestrafswürdig nicht nur bestraft, sondern erlauben sich Anzüglichkeiten gegen die früheren Streikenden, ohne daß die Meister es verhindern. Der Buchbinderarbeiter-Verband hat beschlossen, dem Bunde der Meister Vorstellungen zu machen.

Aus aller Welt.

Ein entmenschetes Elternpaar. Vor dem Wiener Landesgericht sind in den letzten Tagen eine Verhandlung statt, die auf menschliche Brutalität, aber auch auf menschliche Hülfslosigkeit ein erschütterndes Licht wirft. Anna Hummel, das fünfjährige Kind eines Haus-freuders und einer Wäscherin, starb vor einigen Monaten, und als ich bei der Leichenfeier zeigte, daß der kleine, entseelt abgemagerte Körper hunderte von Verletzungen aufwies, daß ihm Rippen und ein Schloßbein gebrochen waren und seine Wunden so hart eierten, daß sich durch Verbergung der Tod eingereitet war, da meldeten sich zahlreiche Zeugen, die schon lange von dem Marterium des Kindes wußten, aber die Anzeige bei der Polizei der Schereit halber unterlassen hatten. Das außerordentlich geborene Kind wird von seinen früheren Beschützern als taub und gut gelehrt. Dagegen bekam es nicht einmal genug Abfälle, um satt zu werden, mußte auf einem Holzklotz ohne Strohhalm schlafen wurde mit Schürzen und Beinkleid gezwungen, wobei es eine Spaltung der Oberlippe davontrug, außerdem wurden ihm häufig beide Hände in siedendes Wasser gesteckt, es wurde oft an den Beinen gebunden, unter das Bett mit Nadeln gestochen und unzureichend mit einem gedrohenen Fuße, den die Mutter verquälte, von Mittwoch bis Sonntag warten, ehe es in's Spital kam. Es konnte niemals sprechen, da ihm der Mund verstopft wurde; aber es wimmerte trotzdem so laut, daß die Nachbarn nicht schlafen konnten. Trotz unzureichender Nahrung blieb es sein betrübtester Vater mit aller Wuth und zwar noch in derselben Nacht vor dem Tode des Kindes als das Kind in Folge seines Hungers urein wurde, redete ihm die Mutter Scherzreden in den Mund und zwang es, dieselben zu schlucken. Die Eltern leugnen ihre Grausamkeit ab. Es hätte nur ganz gerecht das unglückliche Wesen bestraft. Der Gerichtshof verurtheilte beide Eltern zum Tode. Ueber den Selbstmord eines 11 1/2-jährigen (!) Mädchens wollen Verleger Blätter mit: Dienstag Abend wurde die 11 1/2-jährige Tochter eines Druckers auf der Meißner Allee aus dem Fenster der im vierten Stock gelegenen elterlichen Wohnung. Die Veranlassung hierzu gab eine mütterliche Züchtigung, weil das

Wädchen beim Anfertigen ihrer Schulaufgabe das auf dem Tische liegende Zintenfaß ungewollt umgeworfen hatte. Mit den Worten: „Heute liegt Du mich lebend nicht wieder“, entfernte sich das Mädchen nach dem Nebenstimmer und sprang dort aus dem Fenster. Die innerlich schwer Verletzte wurde sofort nach der Unfallstation gebracht; hier starb sie jedoch in den Händen der Aerzte.

Streikabrechnung der Steinarbeiter von Dertmannsdorf. Ein-nahme: 1. Woche 200.-, 2. 180.-, 3. 155.-, 4. 180.-, 5. 75.-. Summa Einnahme 807.-. Ausgabe: 1. Woche 184.68, 2. 145.50, 3. 145.50, 4. 145.50, 5. 90.03. Summa Ausgabe 797.76. Bilanz: Einnahme 807.-, Ausgabe 797.76. Bestand 9.24. Paul Adler, Bruno Ueberfähr, Eduard Bohatsch.

Als Kandidaten zum Gesellen-Ausschuß der Diegnitzer Handwerkskammer empfehlen die vereinigten Diegnitzer Gesellen-Ausschüsse den Alt-gesellen des 1. Wahlbezirks, umfassend die Kreise Diegnitz, Bunzlau, Goldberg-Gaynau, Jaxer und Lüben, folgende Personen: Löser Hermann Ruhmann, Schneider Reinhold Darf, als Ersatzmänner: Klempner Franz Kömer, Barbier Karl Bona, sämtlich in Diegnitz.

Die Gewerkschaftskartelle und Verbände der Gewerkschaften u. s. w. werden ersucht, dies den Interessenten in geeigneter Form zu übermitteln. Alle Anfragen sind an die Adresse: R. Darf, Diegnitz, Glogauerstraße 14, zu richten.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg in Süd-Afrika. Aus London wird berichtet, daß sorgföhrte große Menschenmassen das Kriegsgelände umgeben und ihren Unwillen über das Verschweigen aller Nachrichten vom Kriegsschauplatz ausdrücken. In Kriegsgelände erklärt man, die eingegangenen Depeschen aus strategischen Gründen nicht veröffentlichen zu können. Aus der unmittelbaren Umgebung von Nord-Groener verläutet, daß die englische Regierung ein Telegramm erhalten hat, in welchem ihr die Uebergabe von Ladysmith bereits seit Montag bekannt gegeben wurde. Die Transvaal-Gesandtschaft demantirt die Meldung von dem Tode des Generals Joubert.

Die badischen Landtagswahlen. Bei den gestrigen badischen Abgeordnetenwahlen wurden gewählt: 13 Nationalliberale (bisher 16), 10 vom Zentrum (9), 3 Demokraten (3), 4 Sozialisten (2), 1 Konservativer (1), 1 Bauernbändler (1). Die Wahlen brachten keine Uebersicherung, nur im Bezirk Eppingen, wo der nationalliberale Kandidat gegen den Bauernbändler mit 9 Stimmen unterlag.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with columns: Pegel-nachrichte, Witterung, Temperatur, Wind, Regen, etc. Data for various locations like Berlin, Breslau, etc.

Massage-Unterricht

nach schwedischer Methode, für Frauen und Männer ertheilt. Dir. Wileczek, Hummerci 33, II. Sprecht: Nachm. 4-5 Uhr.

Soeben erschienen: Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik von Karl Kautsky zum Preise von 1 Mark.

Achtung! Den geehrten Lesern der Volksrecht empfehle ich meine selbstgefertigten Hausgeschäfte Schuh- u. Stiefelwaaren zu ganz soliden Preisen. Emanuel Gräbsch, Große Scheinigerstraße 19 (Reißer Hirt). Hermann Labisch, Lederwaren, Jrfallstraße 10.



Stadt-Theater.

Freitag: „Die Waise“. Sonnabend: „Mihello“.

Lobe-Theater.

Freitag: „Der Reichthümer“. Sonnabend: „Die Herren Köhler“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag: Gruppe F. S. Borchardt: „Das fünfte Rad“.

Thalia-Theater.

Sonnabend: Gastspiel C. Bernardi. 1. „Eine Musikant“. 2. „La Sorpresa“. 3. „La Varietà“. 4. „Sternardiograph“. Freitag: „Die Schullehrerin“. Sonntag: „Die wilde Scher“.

Deutsches Theater.

Freitag: „Maria Stuart“. Sonnabend: „Der Verführer“.

Zeltgarten.

Neue Debuts Georg Schmidt. Der berühmte Mandolinist Virtuos. Grosser Erfolg! Olga Viarda August und Viggo Stierkampf. November-Programm. Kosmograph Messter. Haus near Söder. Frei-Concert. Mihel Janos.

Bitte wenden!

DEUTSCHES KAUFHAUS. Opernstrasse 45b, an der Promenade. Herren-Garderoben. Herren-Bedarfsartikel. Billigste Preise wegen vorgerückter Saison. Bitte wenden!

Wegen Ueberfüllung der Waaren-Läger

Friedrich-Wilhelmstr. 69 (neb. Rösler) und Adalbertstr. 6 werden Joppen, Paletots, Anzüge u. Arbeiter-Garderobe zu noch nie dagewesenen billigen Preisen verkauft. Conjum-Waaren-Haus Max Memisohn.

Winter-Preiscourant von Ludwig Herz. Breslau, Bücherplatz 4. Schuhwaaren-Haus.

Damen-Stiefel. Bild einer eleganten Damenstiefel.

Herren-Stiefel. Bild eines eleganten Herrenstiefels.

Haus-schuhe. Bild einer Haus- oder Kinderschuhe.

Ballschuhe. Bild einer eleganten Ballschuhe.

Gummischuhe. Bild einer Gummischuhe.

Kinderschuhe. Bild einer Kinderschuhe.

Keine kalten Füsse mehr! Bild einer warmen Schuhsohle.

Ludwig Herz. Breslau, Bücherplatz 4.

Nikolai-Vorstadt. Schuhwaaren. M. Thomas. 20 h, Friedrich-Wilhelmstr. 50 h.

Todes-Anzeige. Am 15. d. M. verschied nach kurzen, schweren Leiden unsere geliebte Mutter, Schwieger- und Grossmutter, verw. Comptoirdiener Frau Anna Peter geb. Müller. im Alter von 71 1/2 Jahren. Um stilles Beileid bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Sonnabend Nachmittags 3 Uhr nach Polanowitz. Trauerhaus: Vincenzstrasse 5.

Kurgarten-Pöpelwitz! Gr. Kirmes-Kränzchen. Sonntag: Nach-Kirmes. O. Anders.

Weihnachtsmeiße für Schuhwaaren. Um meinen Kunden eine seltene Kaufgelegenheit zu bieten, sind, wie in meinem Schaufenster ersichtlich, die Preise vom 15. November bis 15. December um 20% ermäßigt. Jedes Paar erhält jeder bei Einkauf von 3 Mark an ein Weihnachtsgeschenk. Gr. Breslauer Schuhwaaren-Geschäft Scheitnigerstr. 11.

Jaquet „Calais“ verkauften wir in allen Farben und Grössen tadellos passend, sauber gearbeitet für 8,75 Mk. Damenmäntel. Gebr. Peiser, Fabrik Nicolaistr. 14 Einzelverkauf: Erste Etage.

Jeder Concurrenz die Spitze Schuhwaaren. Paul Quitt, Schuhmachermeister. Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 1.

No. 289a. Sumatra-Decke, Manila-Untblatt, Schnitt von Decke und Untblatt und Brasil-Einlage. 1000 Stück Mk. 53,00. 100 Stück Mk. 5,30. 10 Stück Mk. 0,53. Hamburger, Westfälische, Sächsische Cigarren-Lagerel Werner Kleemann, Breslau, Schmiedebrücke 54, 1.

Blum & Brock Confectionshaus für Herren- u. Knaben-Garderobe 60/61 Neust. 60/61, vom Blücherplatz.

Winter-Paletots in großer Auswahl von 10 bis 36 Mk. Hohenzollern-Mäntel aus Voden u. Tuchstoffen von 15 Mk. an.

Winter-Anzüge sehr elegant von 12 bis 36 Mk. Schlafrocke in großer Auswahl von 10 Mk. an.

Winter-Joppen in großer Auswahl, aus Vodenstoffen mit warmen Futter von 4 Mk. an. Zur Ball-Saison empfohlen Ball- u. Gesellschafts-Anzüge in jeder Preislage.

Reichhaltiges Lager in Anaben-Anzügen. Maßbestellungen werden auf's Sorgfältigste streng modern angefertigt. Großes Grad-Verleih-Institut. Jeder Käufer erhält einen nützlichen Hausgegenstand bei Einkauf von 20 Mark gratis.

Das beste und reellste Schuhwerk in neuester Fason, gut, dauerhaft gearbeitet, in allen Lederarten vorzüglich, ist für die Winter-Saison zu soliden Preisen zu kaufen bei H. Christmann Ww. 37, Scheitnigerstr. 37. Reparaturen werden prompt und sauber in eigener Werkstatt ausgeführt.

Reste-Thee. Teichmann & Co. Chinesische Theebandlung. Billiger als überall.

Schuhwaaren einzeln zu Engros-Preisen. R. Beck Nachf. Schuhwaaren en gros, Höfchenstrasse 15a.

Sie erhalten Geld!! innerhalb 20 Minuten. Amerikanische Schuhherren. F. Paul, Kürschnermeister.

Delzwaaren Hüte und Mützen nach neuesten Modellen, und reichhaltiger Auswahl, zu bekannt billigen Preisen, empfiehlt F. Paul, Kürschnermeister.

Verkaufsstellen in Glogau, Liegnitz, Bouthen, Glogau, 644.



lokales und Provinziales.

Breslau, den 17. November 1899.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Gestern wurde die Debatte unserer kommunalparlamentarischen Verhandlungen einmal recht angenehm unterbrochen durch eine sozialpolitische Debatte größeren Stiles. Veranlassung dazu gab die Beratung der Vorlage, die Altersversorgung städtischer Arbeiter betreffend. Bekanntlich hat unser Herr Oberbürgermeister eine Denkschrift verfaßt, die in ganz unanfechtbarer Weise den Rechtsanspruch der städtischen Arbeiter auf Altersversorgung feststellt. Die Ausführung dieses Gedankens aber in der ebenjalls von Herrn Vender herrührenden den Stadtverordneten zur Beschlußfassung überwiesenen Vorlage läßt Manches zu wünschen übrig. Nicht nur sollen u. A. die etwaigen staatlichen Renten (Unfall-, Invaliditäts- und Altersrenten) auf die städtische Altersversorgung angerechnet werden, soweit diese Beträge zusammen mit der städtischen Rente den Niefenbeitrag von 360 Mark jährlich übersteigen, nein, die Vorlage will diese städtische Altersrente resp. Pension den Arbeitern nicht einmal als klagbares Recht, sondern als jederzeit zurück zunehmende Wohlthat, als Armenpflege, gütigst gewähren. Der Referent, Herr Stadtv. Heilberg, sowohl wie der Herr Oberbürgermeister selbst qualifizieren sich denn auch redlich, durch alle möglichen Gründe zu beweisen, daß es, vorläufig wenigstens, nicht anders gehe und daß man schon sehr froh sein dürfte, wenn man bei den vorliegenden sehr großen Schwierigkeiten zunächst in der vorgeschlagenen Weise das erstrebte Ziel erreichte. Unser Genosse Schütz wies demgegenüber sachlich überzeugend nach, daß die Vorlage in manchen Einzelheiten sehr verbesserungsfähig sei und daß vor Allem die Beseitigung des klagbaren Rechts auf Altersversorgung den lebhaften Widerspruch herausfordern müsse. Auch Stadtv. Dr. Sombart bekämpfte die Vorlage in gleichem Sinne und geriet dabei mit dem Herrn Oberbürgermeister wieder einmal zusammen, da letzterer den kritischen Bemerkungen des Herrn Dr. Sombart immer sehr große Empfindlichkeit entgegensetzt. Ein Angriff des Herrn Oberbürgermeisters auf die „Volkswacht“ brachte dann noch unseren Genossen Bruns auf den Plan, der die gute Gelegenheit benutzte, die von bürgerlicher Seite gern zur Schau getragene lebhafteste Befriedigung über die bisherigen sozialpolitischen Taten der Stadt Breslau auf ihr richtiges, sehr bescheidenes Maß zurückzuführen. Interessant war übrigens die eifrige Abwehr des Herrn Oberbürgermeisters gegenüber einer ironischen Bemerkung des Genossen Schütz, daß mit dieser Vorlage wohl eine Ära größerer sozialer Reformen in Breslau beginnen solle. Davon will Herr Vender nichts wissen, die Erfüllung größerer sozialreformerischer Aufgaben könne nicht Aufgabe der Gemeinden, sondern nur solche des Staates sein. Unsere Vertreter im Stadtparlament werden sicher noch genugsam Gelegenheit finden, Herrn Vender zu zeigen, welche reiche Arbeit auf diesem Gebiete auch unter den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen der Gemeinde noch verbleibt.

Die Vorlage ging zur Spezialberatung zunächst in den Ausschuß I (Wahl- und Verfassungs-Angelegenheiten). Genosse Schütz hatte angeregt, für die Beratung dieser und anderer gleichartiger Sachen einen „Sozial-Ausschuß“ zu bilden.

Die gestrige Sitzung wurde gegen 4 1/2 Uhr Nachmittags vom Vorsitzenden, Justizrat Freund, eröffnet und geleitet; nach einigen Mitteilungen kamen u. A. folgende Vorlagen zur Verhandlung: Der Fluchtlinienplan vom dem Theile der Nikolai-Vorstadt zwischen Markischer Straße und Dammstraße einerseits und der Hofenerstraße und Rechte Oderufer- bzw. Pöjerner Eisenbahn, andererseits unter theilweiser Abänderung bereits bestehender Fluchtlinien soll festgelegt werden. Die Vorlage wird auf Antrag des Referenten Stadtv. Wöcker den Ausschüssen IV u. V überwiesen.

Für den Umbau der von der Stadt angekauften alten Börse verlangt der Magistrat 300.000 Mark. Der Referent, Stadtv. Zeiter, empfiehlt und die Versammlung beschließt Ueberweisung der Vorlage an den Ausschuß V.

Behufs anderweiter Unterbringung der Schulverwaltung sollen vom 1. April n. J. ab die Räume des zweiten und dritten Stockwerkes des Hinterhauses auf dem Grundstück Gartenstr. 3 für zunächst sechs Jahre zum Jahrespreise von 11.000 Mark gemietet werden. Der Ausschuß V empfiehlt, den Mietpreis auf 9000 Mark festzusetzen. Stadtv. Schöndel als Referent ersucht, dem Ausschusse vomuzuzustimmen. Nachdem Stadtv. Schöndel erklärt hat, daß der Magistrat mit den Ausschüssen einverstanden ist, werden dieselben genehmigt.

Zur Vorlage betreffend die Versorgung erwerbsunfähig werdender Arbeiter der Stadt Breslau und ihrer Hinterbliebenen fährt der Referent, Stadtv. Heilberg, aus, daß die Stadtverordneten wohl alle grundsätzlich der Vorlage zustimmen. Es hat sich immer mehr die Altersversorgung auch der Arbeiter als notwendig herausgestellt. Bei einer Reihe großbaurichterlicher Unternehmungen wird schon jetzt eine solche gewährt. Außer allgemeinen Erwägungen kommt für die städtischen Arbeiter noch ein Gesichtspunkt in Betracht, den der Magistrat mit Recht hervorhebt. Das Grenzgebiet zwischen Arbeiter und Beamter ist nämlich zweifelhaft; das haben wir z. B. bei den ehemaligen Nachwachstbeamten gesehen. In dem Augenblicke, wo wir den Beamten eine Pension gewähren, fehlt jeder Grund, sie den Arbeitern zu verweigern. Einen prinzipiellen Unterschied zwischen beiden Kategorien finde ich nicht. Wenn die Stadt die Altersversorgung einführt, wird eine Reihe von Unternehmern dem guten Beispiel folgen, und es wird dadurch eine Erhebung der Lage der Arbeiter in wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung eintreten. Wenn ich mit Ziffern rechne, so haben wir etwa 1500 nicht Arbeiter; davon sind etwa 300, die seit 10 Jahren im Dienste der Stadt stehen und für die Altersversorgung in Betracht kommen. Wir haben schon seit Jahren alten Arbeitern freiwillig Unterstützung gewährt; die Mehrzahl davon durch die neu einzuführende Altersversorgung wird nicht erheblich sein. Die wesentliche und erste Frage ist die, warum wird die Altersversorgung nicht als ein klagbares Recht hingestellt. Das ist zutreffend, was der Magistrat sagt, daß er liebender sein kann, wenn das klagbare Recht nicht besteht. Trotz aller sonstigen Bedenken bin ich dafür, daß wir jetzt dem Magistrat prinzipiell zustimmen. Wenn wir das klagbare Recht jetzt, dann muß das Statut vom Bezirksausschuß genehmigt werden und auch jede Abänderung. Au dem Moment, da wir ein Ortsstatut einführen, würden wir eine Fülle erwerbender sozialer Rechte schaffen. Das klagbare Recht soll vorbehalten werden für spätere Jahre, nachdem wir Erfahrungen

gesammelt haben. Die Hauptsache ist auch hier, daß man in der Festlegung der Höhe der Pension die Arbeiter und Beamten gleich behandelt. Dann komme noch die Frage, wie verhält es sich mit den Renten, die der Staat den Arbeitern eben gewährt. Es könnte nun da manchmal so zu stehen kommen, daß unter Umständen ein Arbeiter eine höhere Pension, als ein Beamter erhält; das wäre dann eine Möglichkeit und der Magistrat will dies verheßen, indem er eine Kürzung bestimmt, wenn zusammen mit der städtischen Rente der Jahresbetrag von 360 Mk. übersteigen wird. Ich bitte, die Vorlage, die wir alle begrüßen, dem Ausschuß I zu überweisen. (Bravo.)

Stadtv. Sombart: Ich bin der Meinung, daß die Vorlage im Prinzip von uns allen gebilligt wird. Was das klagbare Recht betrifft, so kann ich mich mit den gegen dasselbe angeführten Gründen nicht ganz einverstanden erklären. In meiner fünfjährigen Thätigkeit als Kommissar von Knappschaffsklassen habe ich erfahren, daß die Prozesse nicht so zahlreich sind; auch läßt sich der Beginn der Arbeit bei den städtischen Arbeitern gewiß immer feststellen. Freilich vorläufig bin ich auch nicht dafür, daß wir das klagbare Recht einführen; immerhin ist aber auch zu sagen, daß wir das Recht auf Altersversorgung zwar vorläufig nicht als klagbares, wohl aber als gutes Recht anerkennen. Ferner sollten wir auch die Witwenversorgung gewähren, ohne Rücksicht darauf, ob eine Witwe erwerbsfähig ist oder nicht. Wir können durch die gegenwärtigen Bestimmungen nur Verbitterung erregen; das wollen wir doch nicht.

Oberbürgermeister Vender: Wir werden die Bestimmungen des Statuts wohlwollend handhaben. Es wird kein Arbeiter glauben, daß ihm das, was wir ihm versprechen, verweigert werden könnte. Die geschaffenen Beschränkungen sind als solche nicht anzusehen. Wenn wir das klagbare Recht gewähren, werden Prozesse kommen, die uns sehr viel schaden. Vor allem soll doch auch verhindert werden, daß das Verhältnis zwischen uns und den Arbeitern ein unheilvolles wird. Ich fasse die Altersversorgung nicht so auf, als wenn sie eine Vergütung wäre für geleistete Arbeit; sie ist nur eine sittliche Pflicht. Ich bitte Sie, uns nicht zu zwingen, das klagbare Recht einzuführen, weil das Gebiet zu unklar ist und wir gar keine Erfahrungen besitzen. Ich hoffe, die Ausschüsseberatungen werden Sie davon überzeugen, daß der Magistrat das richtige getroffen.

Stadtv. Wagner bemerkt, daß die Bestimmung der Vorlage, daß, wenn beim Zusammenreffen der städtischen und staatlichen Rente der Betrag 360 Mark übersteigt, der Mehrbetrag nicht zur Auszahlung kommt, gegenüber dem neuen Invalidengesetz nicht Stand hält. Die Rente könne sehr wohl erhöht werden.

Stadtv. Schütz: Mit der Denkschrift des Herrn Oberbürgermeisters bin ich, so weit der theoretische Teil in Betracht kommt, vollständig einverstanden. Die in der Denkschrift niedergelegten praktischen Vorschläge halten mir der theoretischen Begründung nicht gleichen Schritt. Ich freue mich, daß der Herr Oberbürgermeister uns mit sozialreformerischen Vorschlägen aufwartet, und danke ich ihn sehr, eine Ära kommunaler Sozialpolitik einleitet. Unter kommunaler Sozialpolitik verstehe ich in diesem Zusammenhange die Mitarbeit der Gemeinde an der Sozialreform. Die Vorlage, die uns heute befehligt, ist ein bedeutender Schritt auf dem Wege kommunaler Sozialpolitik, da in der Denkschrift ausdrücklich die moralische und materielle Pflicht anerkannt wird, daß die Kommune für ihre alten Arbeiter zu sorgen hat, wie sie ja auch als Arbeitgeber verpflichtet ist, für angemessenen Lohn, gute Behandlung und angemessene Arbeitszeit zu sorgen. Diese Vorlage folgt einer vorangehenden Spur: Stuttgart, Dresden, Essen, Mainz, Ulm u. s. w. haben schon derartige Einrichtungen für ihre alten und invaliden Arbeiter. Nach zehnjähriger ununterbrochener Arbeitszeit im städtischen Dienst soll den Arbeitern analog der Beamtenpension eine Rente von 1/60 des Lohnes, und von da ab jährlich um 1/100 bis auf 1/30 steigend, gewährt werden. Die Denkschrift hebt hervor, daß bei der mäßigen Höhe der Arbeitslöhne die vorgeschlagene Altersversorgung keineswegs zu hoch ist. Der Ansicht bin ich auch, daß die ganze Anzahl von Arbeitern mit niedrigen Löhnen kommen sehr geringe Renten in Betracht. U. S., wollen Sie diesen Berechnungsmodus, wie er Kraft Gesetzes bei Pensionierung der Beamten eingeführt ist, beibehalten, dann müssen Sie recht bald, selbstverständlich ganz unabhängig von dieser Vorlage, höhere Löhne für die städtischen Arbeiter einführen, überhaupt eine neue Festsetzung des hierin ortsausschließlichen Tagelohnes vornehmen. Das Breslau in dieser Beziehung weit hinter einer ganzen Anzahl kleiner Städte zurückbleibt, brauche ich Ihnen wohl nicht erst nachzuweisen. Auch ich stehe auf dem in der Denkschrift vertretenen und vom Herrn Referenten in eingehender Weise skizzierten Standpunkt, daß innere Gründe für eine verschiedene Behandlung abgeleiteter Arbeiter und abgeleiteter Beamten in Beziehung auf die Altersversorgung sich nicht beibringen lassen. Um so unverständlicher ist mir die Fassung des § 2 des Entwurfs, welcher lautet: Die Versorgung kann nicht als klagbares Recht gefordert werden, sondern sie wird in jedem Einzelfalle vom Magistrat, mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung, frei festgesetzt und kann ebenso jederzeit geändert oder wieder entzogen werden. Eine Klage, Beschwerde oder irgend ein anderes Rechtsmittel gegen die Verfügung des Magistrats ist nicht gegeben. In der Denkschrift wird aber doch ausdrücklich betont, daß die bei den Beamtenpensionierungen geltenden Grundsätze in Anwendung kommen sollen. Meine Herren! Es ist aber zweifellos, ob ich mein gutes Recht zu fordern habe, oder um eine in Gnaden gewährte Zuwendung bitten muß. Die in der Denkschrift gegen ein klagbares Recht vorgeführten Gründe sind zum Teil sehr bürokratischer Natur, zum Teil nicht irreführend. Ich glaube dem Herrn Oberbürgermeister sehr gern, daß ganz bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden sind, bin aber der Meinung, daß es gelingen sollte, vielleicht durch Einführung von Uebergangsbestimmungen, einen gangbaren Weg zu finden. Die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters, sowie des Herrn Referenten in Bezug auf die zu erwartenden vielen Prozesse theile ich nicht. Bringt die Stadt arbeiterfreundliche Bestimmungen in möglichst scharfer gesetzlicher Form zur Geltung, und dazu hat die Praxis doch reichlich Material geliefert, so wird die Zahl der Prozesse sicherlich keine sehr hohe sein. Und was dann noch dabei, käme garnicht in Betracht gegenüber der Ungerechtigkeit, die Arbeiter heute mit noch so wohlgemeinten Gnadengeschenken abfinden zu wollen. Die Vergleiche zwischen Arbeitern und Beamten, die der Herr Referent zog, sind doch nicht ganz zutreffend. Der Beamte kann mit Rücksicht auf sein höheres Einkommen viel leichter bei Lebzeiten durch Abschluß von Versicherungen seine Angehörigen bis zu einem gewissen Grade vor Noth schützen. Und dazu kommt, daß die Beamtenwittwe die ihr zustehende Pension zu verlangen hat. Ganz anders ist es bei dem Arbeiter. Der niedrige Lohn lassen sich schwer Ersatzmittel machen und es befinden sich die Hinterbliebenen des Ernährers in den verarmtesten Fällen in einer geradezu verzweifelt Lage. Der unzulänglich große sozialpolitische Fortschritt, den diese Vorlage darstellt, wird hierdurch bis zu einem gewissen Grade in Zweifel gezogen. So wie die Stadtverordnetenversammlung jetzt zusammengesetzt ist, habe ich das Vertrauen zu ihr, daß sie, wo es sich um derartige Besuche handelt, in laienhaft humaner Weise beschaffen wird. Aber wer weiß, wie es in einigen Jahren dastehen wird. Es kann anders kommen und dem möchte ich vorbeugen. Der Herr Oberbürgermeister hat selbst in seiner Denkschrift das natürliche Recht der städtischen Arbeiter auf denartige Beside rücksichtlich anerkannt. Mag er helfen, das natürliche Recht auch formelles Recht werden zu lassen. Der Beside der Arbeiter ist ihm sicher. Die Breslauer Arbeiter hoffen, daß diesem Schritt der städtischen Arbeiter-fürsorge weitere folgen werden. Zum Schluß gestatten Sie mir eine Anregung. Der Herr Referent hat Verweisung der Vorlage an Ausschuß I beantragt. Ich habe gegen die Mitglieder dieses Ausschusses nicht das geringste einzuwenden, bin aber der Meinung, daß derartige Vorlagen vor einem Sonder-Ausschuß gehören. In anderen Städten hat man mit einem

„Sozialen Ausschuß“ gute Erfahrungen gemacht und da uns der § 8 unserer Geschäftsordnung die Einsetzung eines derartigen Ausschusses gestattet, erlaube ich Sie, einen solchen zu wählen. Dies jedoch nur nebenbei. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die gesamte Stadtverwaltung von sozialpolitischer Gesinnung und Thätigkeit befeelt ist; und das erwarte ich von Ihnen.

Stadtv. Heilberg: Ich wünsche die Festlegung der Quoten nicht nach Zeiträumen, sondern nach Lohnklassen, weil das praktisch sei. Ferner beklagt Redner, daß über die bisher geübten Unterstützungen keine Zahlen vorliegen, die einen Einblick in die finanzielle Tragweite der Vorlage möglich gemacht hätten.

Oberbürgermeister Vender meint, große Sozialpolitik kann keine Stadt, sondern nur der Staat betreiben. Wenn wir z. B. die Löhne verdoppeln, hätten wir einen kolossalen Zulauf aus der Provinz. Wir sind bemüht, schrittweise vorwärts zu gehen. Ich freue mich, daß Stadtv. Schütz der Vorlage freundlich gegenübersteht, nur möchte ich wünschen, daß Herr Schütz auf die Redakteure der „Volkswacht“ dahin einwirkt, daß sie die Vorlage wohlwollender behandeln. Ein Artikel der „Volkswacht“ bewirkt das Gegenteil. Wenn die Arbeiter denselben lesen, müssen sie glauben, daß der Magistrat doch eigentlich recht schlecht ist.

Stadtv. Sombart: Der Herr Oberbürgermeister giebt mir Veranlassung, Einiges zu sagen. Er hat wieder einmal so in seiner eigenen Art theoretisiert und dabei versucht, die verschiedenen Beziehungen von Arbeitern und Beamten zu dividieren aus den bestehenden rechtlichen Unterschieden. Das können wir nicht. Wir wollen eben ein neues Recht schaffen, das nur vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit zu betrachten sei. Es ist zu betonen, daß der Grundgedanke der Vorlage der ist, auch unsere Arbeiter aus den Jährnissen der freien Lohnvertragsabstufung auf dem Arbeitsmarkt herauszuführen und in die gesicherte Position der Beamten einzuordnen. Ich bin der Meinung, daß wir den Anspruch anerkennen müssen. Das ist eigentlich die Hauptsache, nicht aber die Thatsache, daß die Arbeiter künftig nicht mehr zu hungern brauchen. Die praktischen Schwierigkeiten, die sich der Anerkennung des Anspruches entgegenstellen, verkenne ich durchaus nicht, aber trotzdem müssen wir prinzipiell an der rechtlichen Anerkennung des Anspruches festhalten.

Stadtv. Bruns: Der von dem Herrn Oberbürgermeister angegriffene Artikel der „Volkswacht“ rührt nicht von mir her, ich will die Verantwortung für denselben jedoch nicht unbedingt ablehnen, sondern auf dem mit im Augenblick nicht gegenwärtigen Inhalt derselben bei der Rückkehr der Vorlage aus dem Ausschusse eingehen. Wenn der Herr Oberbürgermeister mit einem gewissen Selbstgefühl auf die bisherigen sozialreformerischen Taten der Stadt, auf die Brausebäder, den Arbeitsnachweis und die paar Arbeiterbeschäftigungen verweist, so ist das ganz unbedeutend. Was bezogen denn z. B. die 86 Brausebäder in einer Stadt von über 400.000 Einwohnern? Die theoretische Begründung der Vorlage ist sehr anerkanntenswerth. Um so mehr muß auffallen, daß praktisch den Arbeitern nur ein Armenlohn gewährt werden soll, während theoretisch mit schlagenden moralischen und anderen Gründen der Rechtsanspruch der Arbeiter auf Altersversorgung nachgewiesen wird. Ich weiß freilich, daß man so jaghaft vorgeht nicht aus den in der Denkschrift u. d. hier in der Debatte angegebenen Gründen, sondern in Rücksicht auf die solchen sozialreformerischen Maßnahmen überhaupt widerstrebenden Elemente, — das aber darf mich nicht hindern, auf's Ganze zu gehen. Mit Recht ist schon gesagt, daß bei allem guten Willen die Arbeit in einigen Jahren garnicht mehr im Stande sind, die versprochenen Wohlthaten zu leisten, weil andere Leute an Ihre Stelle getreten sind. Die Denkschrift sagt, daß die Arbeiter große Neigung zu Mißtrauen haben. Das ist vielleicht richtig, aber auch berechtigt, denn den Arbeitern ist schon viel versprochen, aber sehr wenig gehalten worden. (Widerspruch.) Nicht von Ihnen, sondern im ganzen öffentlichen, politischen Leben. Mißtrauen ist eine gute demokratische Tugend und mit Recht heißt es: Nur was man schwarz auf weiß besitzt, kann man gerollt nach Hause tragen! Redner hofft auf Verbesserung der Vorlage durch die Ausschüsseberatung.

Oberbürgermeister Vender wendet sich gegen Sombart und Bruns. Er habe die sozialpolitischen Taten Breslaus nicht gerühmt, sondern ausdrücklich betont, daß nur der Staat Sozialpolitik im Großen betreiben kann und dabei auf Armenpflege, Schulwesen u. hingewiesen. Wir verlangen keinen Dank von den Arbeitern, erfüllen einfach unsere Pflicht, und wünschen nur, den Solidaritätsstandpunkt mit den Arbeitern zu erhalten. Der Magistrat steht nicht auf dem Standpunkte, daß als Hauptsache die Anerkennung des Anspruches anzusehen ist. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter in ihrem Alter eine Unterstützung bekommen, und was die Höhe derselben betrifft, so stehen wir hinter anderen Städten nicht zurück, sondern leisten zum Teil noch mehr. Wenn Sie sagen, daß das Gebotene eine Kleinigkeit ist, dann kennen Sie eben das Leben nicht. Gewiß kann man noch mehr verlangen; ich verlange auch mehr. (Große Heiterkeit.)

Es wird ein Schlußantrag angenommen. Stadtv. Heilberg hält ein kurzes Schlusswort, in welchem er sich besonders gegen Sombart und Schütz wendet. Es sei doch die Hauptsache, daß wir etwas Praktisches erreichen. Gewiß hat Kollege Bruns Recht, wenn er auf's Ganze geht, aber man muß doch auch das anerkennen, was die Stadt bis jetzt geleistet hat. Es ist doch besser, wir nehmen etwas, als wir fordern zu viel und scheitern dadurch die halb zögernden Elemente ab.

Die Vorlage wird darauf dem Ausschuß I überwiesen. Zuwendungen. Die im Ruhestande befindliche ordentliche Pandalarbeitersfrau Fräulein Emma Fiedler beabsichtigt, der katholischen Volksschule XIII, an welcher sie 23 Jahre hindurch thätig gewesen ist, zum Besten armer Schülerinnen ein Kapital bestehend in 1500 Gulden prozentiger ungarischer Goldrente zu verwenden und hat uns um Annahme und Verwaltung dieser Stiftung gebeten. Die Zuwendung beträgt in deutschem Gelde gegen 3000 Mark. Der Magistrat ersucht um Genehmigung zur Annahme des Beschenkes; die Versammlung beschließt dieselbe einstimmig.

In den Volksschul-Gesetzen für das Rechnungsjahr 1900 will der Magistrat die zur Einführung der Weiser'schen Wandtafeln und einer Sammlung der Deutschmann'schen Buchstaben-Räucher in sämtlichen städtischen Volksschulen erforderliche Mittel in Höhe von 4000 und 1500 gleich 5500 Mark als einmalige außerordentliche Ausgabe eingestellt wissen. Der Referent, Stadtv. Dr. Frey, beantragt, die Vorlage anzunehmen. Stadtv. Dr. Frey er kann nicht verstehen, daß die alten Tafeln ganz vernommen werden sollen. Redner kommt dabei auf den Antrag der Neuananschaffung von Schulbüchern zu sprechen, die auch der Minister gerügt habe. In derselben Sache bewege sich die Vorlage. Stadtschulrath Pjundner erklärt, daß die Neuananschaffung unbedingt nötig sind. Es ist eine einmalige größere Ausgabe; aber künftig werden wir Ersatzmittel machen. Die Sache ist lange erwogen worden und bittet Redner, die Vorlage sofort zu genehmigen. In demselben Sinne äußert sich der Referent. Die Vorlage wird genehmigt.

Zum Zwecke der Straßen-Erweiterung soll die Parzelle des Grundstücks Hinterhäuser 2 von 5 Quadratmetern für den Preis von 180 Mark pro Quadratmeter von dem Erben des verstorbenen Kaufmanns A. Schrey für 900 Mark erworben werden. Gemäß dem Antrage des Referenten, Stadtv. Müller, wird der Kauf abgeschlossen.

Schluß der Sitzung nach 7 Uhr Abends.

\* Am kommenden Montag hält bekanntlich Herr Professor Sombart den zweiten seiner Vorträge über „Die Theorie und Praxis der werthvollsten Arbeiterbewegung“ im Schicksalssaal. In diesen Vorträgen werden Einzelheiten à 20 Pf. am Eingange abgegeben. Doch empfie-



es sich immer noch, die Eplustarten à 50 Pf. zu kaufen, mit denen man alle drei Vorträge besuchen kann. Solche Karten sind u. A. auch beim Kartellvorsitzenden noch zu haben. Auch werden die Delegierten gebeten, möglichst bald mit ihren Karten abzurechnen.

**Auf die Volksvorstellung im Thaliatheater,** die am Sonntag Nachmittag 3 1/2 Uhr stattfindet und bei welcher der Schwank „Das Gegefeuer“ in Szene geht, weisen wir heute nochmals hin. Auch erneuern wir den Wunsch, daß sich die Besucher zur Vorstellung pünktlich einfinden, damit ihnen Zeit bleibt, ihre Plätze vor dem ersten Akte aufzusuchen. Morgen sind wir in der Lage, den Theaterzettel in der „Volkswacht“ zum Abdruck zu bringen. Die Genossen, welche mit den Billets noch nicht abgerechnet haben, holen dies wohl baldigst nach.

**Von Girsch-Dunder'scher Seite** erhalten wir folgende Berichtigung über den Gaysauer Tarifkonflikt der Buchdrucker in einer Druckerie, in welcher auch Mitglieder eines Girsch-Dunder'schen Gewerkschafts befristet sind: „Es ist unrichtig, daß die von dem resp. Buchdrucker angestrebte Einführung des Tarifs seitens einiger Gewerkschaftsmitglieder zu Nichts gemacht worden ist. Dieselben hatten überhaupt keine Kenntnis von dem Vorhaben der betriebsförmigen Mitglieder. Wahr ist dagegen, daß von 3 Verbandsmitgliedern am selben Tage, an welchem die Klärung erfolgte, die tarifmäßige Arbeitszeit zurückgenommen wurde und ihnen weiter die Arbeit im Betriebe nach tarifmäßigen Bedingungen bewilligt worden ist. Die Gewerkschaftler konnten den Verbandsmitgliedern bei ihrem Vorhaben weder förderlich noch hinderlich sein. Der Vorstand des Orts-Gewerkschafts der Lederarbeiter hat aus dieser Berichtigung hervorgehen lassen, daß die Girsch-Dunder'schen Buchdrucker im Lederarbeiter-Gewerkschaftsorganisiert sind. Zweitens, daß sie von der Aktion der Verbandsmitglieder keine Kenntnis hatten. Dabei ist in allen Buchdrucker-Fachblättern (auch den Prinzipalorganen u. s. w.) Tag und Art der Forderung, die in allen untarifmäßigen Druckerien zu stellen war, öffentlich bekannt gegeben worden und alle Arbeiterblätter, auch die „Volkswacht“, haben von dem neuen Vorgehen der Tarifvertreter (Arbeiter und Unternehmer) Mitteilung gemacht. Die in der Druckerie beschäftigten Gewerkschaftler aber haben von dem Vorgehen keine Kenntnis gehabt! Das sind organisierte Arbeiter! Drittens sagt die Berichtigung, daß die drei Verbandsmitglieder der Tarif bewilligt wurde. Da aber das Bestreben derselben naturgemäß darauf ging, den Tarif in der ganzen Druckerie zur Einführung zu bringen — denn das allein hat einen Zweck —, nach der Berichtigung selbst aber nur den Verbandsmitgliedern der Tarif bewilligt wurde, haben die Gewerkschaftler die beschriebene Einführung zu Nichts gemacht. Die Druckerie ist so immer noch keine tariffreie. Aber auch abgesehen davon, daß die Berichtigung schon selbst, was die Gewerkschaftler betrifft, die Girsch-Dunder'schen Komitaten der Verbandsmitglieder bei ihrem Vorhaben weder förderlich noch hinderlich sein.“ Bei der Einführung des von dem Gehilfen und auch den besten Prinzipalen, selbst Behörden gleichmaßen als nützlich anerkannten Tarif konnten die Gewerkschaftler nicht förderlich wirken!

Arbeiter, sich einer tüchtigen Organisation mühen ihr beizutreten. Die thut etwas für Euch! Die Gewerkschaftler aber werden auch dieses Zugeständnis nicht vergessen. Solche Berichtigungen haben auch ihr Gutes.

**Invalideversicherungs-Karten.** Der „Arbeiter“ veröffentlicht in seiner jüngsten Ausgabe die vom Bundesrat beschlossenen Bestimmungen über die Einrichtung der Invalidenversicherung für die Invaliden-Versicherung und über die Einweisung und Berechnung der Invaliditäts-Versicherungsmittel.

Bei der Versicherungssumme sind in jeder der 5 Lohnklassen Karten für eine Woche, für zwei Wochen und für 18 Wochen (letztere in der Regel zur Beitragsleistung für ein Semester mitrechenbar) auszugeben. Der Geldwert der Karten beträgt hiernach:

	1 Woche	2 Wochen	18 Wochen
in der Lohnklasse I (Jahresverdienst bis zu 350 M. einschließl.)	14 Pf.	28 Pf.	1 M. 28 Pf.
in der Lohnklasse II (Jahresverdienst von mehr als 350 bis zu 550 M. einschließl.)	20	40	2 M. 20 Pf.
in der Lohnklasse III (Jahresverdienst von mehr als 550 bis zu 850 M. einschließl.)	24	48	3 M. 24 Pf.
in der Lohnklasse IV (Jahresverdienst von mehr als 850 bis zu 1150 M. einschließl.)	50	60	3 M. 30 Pf.
in der Lohnklasse V (Jahresverdienst von mehr als 1150 M.)	58	72	4 M. 58 Pf.

**Die Einwohnerzahl von Breslau** betrug Ende September nach der statistischen Bevölkerungsstatistik 411.124 Personen. Zugewogen sind im Monat September 4539, abgegangen 2815 Personen, die Zahl der in Hotels u. dergl. unterbergehenden Anwesenheiten betrug 17.117.

**Über die Betäubung von warmen Getränken** in öffentlichen Schenken der Breslauer hiesigen Stadt, welche im Jahre 1895/96 durch die unrichtig folgenden Bestimmungen der Polizeiordnung für die Stadt Breslau vom 1. Oktober 1895, § 17, § 18, § 19, § 20, § 21, § 22, § 23, § 24, § 25, § 26, § 27, § 28, § 29, § 30, § 31, § 32, § 33, § 34, § 35, § 36, § 37, § 38, § 39, § 40, § 41, § 42, § 43, § 44, § 45, § 46, § 47, § 48, § 49, § 50, § 51, § 52, § 53, § 54, § 55, § 56, § 57, § 58, § 59, § 60, § 61, § 62, § 63, § 64, § 65, § 66, § 67, § 68, § 69, § 70, § 71, § 72, § 73, § 74, § 75, § 76, § 77, § 78, § 79, § 80, § 81, § 82, § 83, § 84, § 85, § 86, § 87, § 88, § 89, § 90, § 91, § 92, § 93, § 94, § 95, § 96, § 97, § 98, § 99, § 100, § 101, § 102, § 103, § 104, § 105, § 106, § 107, § 108, § 109, § 110, § 111, § 112, § 113, § 114, § 115, § 116, § 117, § 118, § 119, § 120, § 121, § 122, § 123, § 124, § 125, § 126, § 127, § 128, § 129, § 130, § 131, § 132, § 133, § 134, § 135, § 136, § 137, § 138, § 139, § 140, § 141, § 142, § 143, § 144, § 145, § 146, § 147, § 148, § 149, § 150, § 151, § 152, § 153, § 154, § 155, § 156, § 157, § 158, § 159, § 160, § 161, § 162, § 163, § 164, § 165, § 166, § 167, § 168, § 169, § 170, § 171, § 172, § 173, § 174, § 175, § 176, § 177, § 178, § 179, § 180, § 181, § 182, § 183, § 184, § 185, § 186, § 187, § 188, § 189, § 190, § 191, § 192, § 193, § 194, § 195, § 196, § 197, § 198, § 199, § 200, § 201, § 202, § 203, § 204, § 205, § 206, § 207, § 208, § 209, § 210, § 211, § 212, § 213, § 214, § 215, § 216, § 217, § 218, § 219, § 220, § 221, § 222, § 223, § 224, § 225, § 226, § 227, § 228, § 229, § 230, § 231, § 232, § 233, § 234, § 235, § 236, § 237, § 238, § 239, § 240, § 241, § 242, § 243, § 244, § 245, § 246, § 247, § 248, § 249, § 250, § 251, § 252, § 253, § 254, § 255, § 256, § 257, § 258, § 259, § 260, § 261, § 262, § 263, § 264, § 265, § 266, § 267, § 268, § 269, § 270, § 271, § 272, § 273, § 274, § 275, § 276, § 277, § 278, § 279, § 280, § 281, § 282, § 283, § 284, § 285, § 286, § 287, § 288, § 289, § 290, § 291, § 292, § 293, § 294, § 295, § 296, § 297, § 298, § 299, § 300, § 301, § 302, § 303, § 304, § 305, § 306, § 307, § 308, § 309, § 310, § 311, § 312, § 313, § 314, § 315, § 316, § 317, § 318, § 319, § 320, § 321, § 322, § 323, § 324, § 325, § 326, § 327, § 328, § 329, § 330, § 331, § 332, § 333, § 334, § 335, § 336, § 337, § 338, § 339, § 340, § 341, § 342, § 343, § 344, § 345, § 346, § 347, § 348, § 349, § 350, § 351, § 352, § 353, § 354, § 355, § 356, § 357, § 358, § 359, § 360, § 361, § 362, § 363, § 364, § 365, § 366, § 367, § 368, § 369, § 370, § 371, § 372, § 373, § 374, § 375, § 376, § 377, § 378, § 379, § 380, § 381, § 382, § 383, § 384, § 385, § 386, § 387, § 388, § 389, § 390, § 391, § 392, § 393, § 394, § 395, § 396, § 397, § 398, § 399, § 400, § 401, § 402, § 403, § 404, § 405, § 406, § 407, § 408, § 409, § 410, § 411, § 412, § 413, § 414, § 415, § 416, § 417, § 418, § 419, § 420, § 421, § 422, § 423, § 424, § 425, § 426, § 427, § 428, § 429, § 430, § 431, § 432, § 433, § 434, § 435, § 436, § 437, § 438, § 439, § 440, § 441, § 442, § 443, § 444, § 445, § 446, § 447, § 448, § 449, § 450, § 451, § 452, § 453, § 454, § 455, § 456, § 457, § 458, § 459, § 460, § 461, § 462, § 463, § 464, § 465, § 466, § 467, § 468, § 469, § 470, § 471, § 472, § 473, § 474, § 475, § 476, § 477, § 478, § 479, § 480, § 481, § 482, § 483, § 484, § 485, § 486, § 487, § 488, § 489, § 490, § 491, § 492, § 493, § 494, § 495, § 496, § 497, § 498, § 499, § 500, § 501, § 502, § 503, § 504, § 505, § 506, § 507, § 508, § 509, § 510, § 511, § 512, § 513, § 514, § 515, § 516, § 517, § 518, § 519, § 520, § 521, § 522, § 523, § 524, § 525, § 526, § 527, § 528, § 529, § 530, § 531, § 532, § 533, § 534, § 535, § 536, § 537, § 538, § 539, § 540, § 541, § 542, § 543, § 544, § 545, § 546, § 547, § 548, § 549, § 550, § 551, § 552, § 553, § 554, § 555, § 556, § 557, § 558, § 559, § 560, § 561, § 562, § 563, § 564, § 565, § 566, § 567, § 568, § 569, § 570, § 571, § 572, § 573, § 574, § 575, § 576, § 577, § 578, § 579, § 580, § 581, § 582, § 583, § 584, § 585, § 586, § 587, § 588, § 589, § 590, § 591, § 592, § 593, § 594, § 595, § 596, § 597, § 598, § 599, § 600, § 601, § 602, § 603, § 604, § 605, § 606, § 607, § 608, § 609, § 610, § 611, § 612, § 613, § 614, § 615, § 616, § 617, § 618, § 619, § 620, § 621, § 622, § 623, § 624, § 625, § 626, § 627, § 628, § 629, § 630, § 631, § 632, § 633, § 634, § 635, § 636, § 637, § 638, § 639, § 640, § 641, § 642, § 643, § 644, § 645, § 646, § 647, § 648, § 649, § 650, § 651, § 652, § 653, § 654, § 655, § 656, § 657, § 658, § 659, § 660, § 661, § 662, § 663, § 664, § 665, § 666, § 667, § 668, § 669, § 670, § 671, § 672, § 673, § 674, § 675, § 676, § 677, § 678, § 679, § 680, § 681, § 682, § 683, § 684, § 685, § 686, § 687, § 688, § 689, § 690, § 691, § 692, § 693, § 694, § 695, § 696, § 697, § 698, § 699, § 700, § 701, § 702, § 703, § 704, § 705, § 706, § 707, § 708, § 709, § 710, § 711, § 712, § 713, § 714, § 715, § 716, § 717, § 718, § 719, § 720, § 721, § 722, § 723, § 724, § 725, § 726, § 727, § 728, § 729, § 730, § 731, § 732, § 733, § 734, § 735, § 736, § 737, § 738, § 739, § 740, § 741, § 742, § 743, § 744, § 745, § 746, § 747, § 748, § 749, § 750, § 751, § 752, § 753, § 754, § 755, § 756, § 757, § 758, § 759, § 760, § 761, § 762, § 763, § 764, § 765, § 766, § 767, § 768, § 769, § 770, § 771, § 772, § 773, § 774, § 775, § 776, § 777, § 778, § 779, § 780, § 781, § 782, § 783, § 784, § 785, § 786, § 787, § 788, § 789, § 790, § 791, § 792, § 793, § 794, § 795, § 796, § 797, § 798, § 799, § 800, § 801, § 802, § 803, § 804, § 805, § 806, § 807, § 808, § 809, § 810, § 811, § 812, § 813, § 814, § 815, § 816, § 817, § 818, § 819, § 820, § 821, § 822, § 823, § 824, § 825, § 826, § 827, § 828, § 829, § 830, § 831, § 832, § 833, § 834, § 835, § 836, § 837, § 838, § 839, § 840, § 841, § 842, § 843, § 844, § 845, § 846, § 847, § 848, § 849, § 850, § 851, § 852, § 853, § 854, § 855, § 856, § 857, § 858, § 859, § 860, § 861, § 862, § 863, § 864, § 865, § 866, § 867, § 868, § 869, § 870, § 871, § 872, § 873, § 874, § 875, § 876, § 877, § 878, § 879, § 880, § 881, § 882, § 883, § 884, § 885, § 886, § 887, § 888, § 889, § 890, § 891, § 892, § 893, § 894, § 895, § 896, § 897, § 898, § 899, § 900, § 901, § 902, § 903, § 904, § 905, § 906, § 907, § 908, § 909, § 910, § 911, § 912, § 913, § 914, § 915, § 916, § 917, § 918, § 919, § 920, § 921, § 922, § 923, § 924, § 925, § 926, § 927, § 928, § 929, § 930, § 931, § 932, § 933, § 934, § 935, § 936, § 937, § 938, § 939, § 940, § 941, § 942, § 943, § 944, § 945, § 946, § 947, § 948, § 949, § 950, § 951, § 952, § 953, § 954, § 955, § 956, § 957, § 958, § 959, § 960, § 961, § 962, § 963, § 964, § 965, § 966, § 967, § 968, § 969, § 970, § 971, § 972, § 973, § 974, § 975, § 976, § 977, § 978, § 979, § 980, § 981, § 982, § 983, § 984, § 985, § 986, § 987, § 988, § 989, § 990, § 991, § 992, § 993, § 994, § 995, § 996, § 997, § 998, § 999, § 1000.

**Die Einwohnervorgabe** der Breslauer hiesigen Stadt, welche im Jahre 1895/96 durch die unrichtig folgenden Bestimmungen der Polizeiordnung für die Stadt Breslau vom 1. Oktober 1895, § 17, § 18, § 19, § 20, § 21, § 22, § 23, § 24, § 25, § 26, § 27, § 28, § 29, § 30, § 31, § 32, § 33, § 34, § 35, § 36, § 37, § 38, § 39, § 40, § 41, § 42, § 43, § 44, § 45, § 46, § 47, § 48, § 49, § 50, § 51, § 52, § 53, § 54, § 55, § 56, § 57, § 58, § 59, § 60, § 61, § 62, § 63, § 64, § 65, § 66, § 67, § 68, § 69, § 70, § 71, § 72, § 73, § 74, § 75, § 76, § 77, § 78, § 79, § 80, § 81, § 82, § 83, § 84, § 85, § 86, § 87, § 88, § 89, § 90, § 91, § 92, § 93, § 94, § 95, § 96, § 97, § 98, § 99, § 100, § 101, § 102, § 103, § 104, § 105, § 106, § 107, § 108, § 109, § 110, § 111, § 112, § 113, § 114, § 115, § 116, § 117, § 118, § 119, § 120, § 121, § 122, § 123, § 124, § 125, § 126, § 127, § 128, § 129, § 130, § 131, § 132, § 133, § 134, § 135, § 136, § 137, § 138, § 139, § 140, § 141, § 142, § 143, § 144, § 145, § 146, § 147, § 148, § 149, § 150, § 151, § 152, § 153, § 154, § 155, § 156, § 157, § 158, § 159, § 160, § 161, § 162, § 163, § 164, § 165, § 166, § 167, § 168, § 169, § 170, § 171, § 172, § 173, § 174, § 175, § 176, § 177, § 178, § 179, § 180, § 181, § 182, § 183, § 184, § 185, § 186, § 187, § 188, § 189, § 190, § 191, § 192, § 193, § 194, § 195, § 196, § 197, § 198, § 199, § 200, § 201, § 202, § 203, § 204, § 205, § 206, § 207, § 208, § 209, § 210, § 211, § 212, § 213, § 214, § 215, § 216, § 217, § 218, § 219, § 220, § 221, § 222, § 223, § 224, § 225, § 226, § 227, § 228, § 229, § 230, § 231, § 232, § 233, § 234, § 235, § 236, § 237, § 238, § 239, § 240, § 241, § 242, § 243, § 244, § 245, § 246, § 247, § 248, § 249, § 250, § 251, § 252, § 253, § 254, § 255, § 256, § 257, § 258, § 259, § 260, § 261, § 262, § 263, § 264, § 265, § 266, § 267, § 268, § 269, § 270, § 271, § 272, § 273, § 274, § 275, § 276, § 277, § 278, § 279, § 280, § 281, § 282, § 283, § 284, § 285, § 286, § 287, § 288, § 289, § 290, § 291, § 292, § 293, § 294, § 295, § 296, § 297, § 298, § 299, § 300, § 301, § 302, § 303, § 304, § 305, § 306, § 307, § 308, § 309, § 310, § 311, § 312, § 313, § 314, § 315, § 316, § 317, § 318, § 319, § 320, § 321, § 322, § 323, § 324, § 325, § 326, § 327, § 328, § 329, § 330, § 331, § 332, § 333, § 334, § 335, § 336, § 337, § 338, § 339, § 340, § 341, § 342, § 343, § 344, § 345, § 346, § 347, § 348, § 349, § 350, § 351, § 352, § 353, § 354, § 355, § 356, § 357, § 358, § 359, § 360, § 361, § 362, § 363, § 364, § 365, § 366, § 367, § 368, § 369, § 370, § 371, § 372, § 373, § 374, § 375, § 376, § 377, § 378, § 379, § 380, § 381, § 382, § 383, § 384, § 385, § 386, § 387, § 388, § 389, § 390, § 391, § 392, § 393, § 394, § 395, § 396, § 397, § 398, § 399, § 400, § 401, § 402, § 403, § 404, § 405, § 406, § 407, § 408, § 409, § 410, § 411, § 412, § 413, § 414, § 415, § 416, § 417, § 418, § 419, § 420, § 421, § 422, § 423, § 424, § 425, § 426, § 427, § 428, § 429, § 430, § 431, § 432, § 433, § 434, § 435, § 436, § 437, § 438, § 439, § 440, § 441, § 442, § 443, § 444, § 445, § 446, § 447, § 448, § 449, § 450, § 451, § 452, § 453, § 454, § 455, § 456, § 457, § 458, § 459, § 460, § 461, § 462, § 463, § 464, § 465, § 466, § 467, § 468, § 469, § 470, § 471, § 472, § 473, § 474, § 475, § 476, § 477, § 478, § 479, § 480, § 481, § 482, § 483, § 484, § 485, § 486, § 487, § 488, § 489, § 490, § 491, § 492, § 493, § 494, § 495, § 496, § 497, § 498, § 499, § 500, § 501, § 502, § 503, § 504, § 505, § 506, § 507, § 508, § 509, § 510, § 511, § 512, § 513, § 514, § 515, § 516, § 517, § 518, § 519, § 520, § 521, § 522, § 523, § 524, § 525, § 526, § 527, § 528, § 529, § 530, § 531, § 532, § 533, § 534, § 535, § 536, § 537, § 538, § 539, § 540, § 541, § 542, § 543, § 544, § 545, § 546, § 547, § 548, § 549, § 550, § 551, § 552, § 553, § 554, § 555, § 556, § 557, § 558, § 559, § 560, § 561, § 562, § 563, § 564, § 565, § 566, § 567, § 568, § 569, § 570, § 571, § 572, § 573, § 574, § 575, § 576, § 577, § 578, § 579, § 580, § 581, § 582, § 583, § 584, § 585, § 586, § 587, § 588, § 589, § 590, § 591, § 592, § 593, § 594, § 595, § 596, § 597, § 598, § 599, § 600, § 601, § 602, § 603, § 604, § 605, § 606, § 607, § 608, § 609, § 610, § 611, § 612, § 613, § 614, § 615, § 616, § 617, § 618, § 619, § 620, § 621, § 622, § 623, § 624, § 625, § 626, § 627, § 628, § 629, § 630, § 631, § 632, § 633, § 634, § 635, § 636, § 637, § 638, § 639, § 640, § 641, § 642, § 643, § 644, § 645, § 646, § 647, § 648, § 649, § 650, § 651, § 652, § 653, § 654, § 655, § 656, § 657, § 658, § 659, § 660, § 661, § 662, § 663, § 664, § 665, § 666, § 667, § 668, § 669, § 670, § 671, § 672, § 673, § 674, § 675, § 676, § 677, § 678, § 679, § 680, § 681, § 682, § 683, § 684, § 685, § 686, § 687, § 688, § 689, § 690, § 691, § 692, § 693, § 694, § 695, § 696, § 697, § 698, § 699, § 700, § 701, § 702, § 703, § 704, § 705, § 706, § 707, § 708, § 709, § 710, § 711, § 712, § 713, § 714, § 715, § 716, § 717, § 718, § 719, § 720, § 721, § 722, § 723, § 724, § 725, § 726, § 727, § 728, § 729, § 730, § 731, § 732, § 733, § 734, § 735, § 736, § 737, § 738, § 739, § 740, § 741, § 742, § 743, § 744, § 745, § 746, § 747, § 748, § 749, § 750, § 751, § 752, § 753, § 754, § 755, § 756, § 757, § 758, § 759, § 760, § 761, § 762, § 763, § 764, § 765, § 766, § 767, § 768, § 769, § 770, § 771, § 772, § 773, § 774, § 775, § 776, § 777, § 778, § 779, § 780, § 781, § 782, § 783, § 784, § 785, § 786, § 787, § 788, § 789, § 790, § 791, § 792, § 793, § 794, § 795, § 796, § 797, § 798, § 799, § 800, § 801, § 802, § 803, § 804, § 805, § 806, § 807, § 808, § 809, § 810, § 811, § 812, § 813, § 814, § 815, § 816, § 817, § 818, § 819, § 820, § 8